

- 3 **Syrien: Der militärische Schlachthof in Damaskus**
- 6 **Interview: Die Zürcher Social Fabric**
- 8 **Volksinitiative gegen Rüstungsfinanzierung startet**
- 12 **Amtsantritt Trump: Zeichen stehen auf Sturm**

- 14 **Report: Kleinwaffen aus dem 3D-Drucker**
- 20 **Nachrufe: Fridolin Trüb, Fritz Tüller**
- 24 **Serie Frauen im 1. Weltkrieg: Clara Ragaz**
- 27 **Veranstaltungen, Ostermarsch und Friedensweg**

Verhandlungen in Kasachstan: Eine stabile Friedenslösung ist noch lange nicht in Sicht

Astana: Wie weiter in Syrien?

Ende Januar luden Russland, die Türkei und Iran Vertreter der syrischen Regierung und der Opposition zu Verhandlungen in die kasachische Hauptstadt Astana. Bereits am 30. Dezember 2016 hatten die drei Staaten eine Waffenruhe für Syrien ausgerufen, die allerdings für den sogenannten Islamischen Staat (IS), den Al-Kaida Ableger Fatah al-Sham sowie für «andere Terrororganisationen» nicht gilt. Ist der nun schon fast sechs Jahre währende Mehrfrontenkrieg damit endlich vorbei? Besteht gar die Chance auf eine politische Friedenslösung?

/ Andreas Zumach /

Leider gibt es mehr Grund zur Skepsis als zur Hoffnung. Denn keines der Probleme, die schon die drei Genfer Vermittlungsrunden der UNO im Frühjahr 2016 sowie die nachfolgenden Bemühungen der USA und Russlands scheitern liessen, ist ausgeräumt. Im Gegenteil: Einige stellen sich nach dem militärischen Etappensieg der syrischen Streitkräfte in Aleppo sogar noch schärfer als zuvor. Das Spektrum der Oppositionskräfte, das bei der Astana-Konferenz vertreten war, ist noch enger und damit noch weniger repräsentativ als bei den drei Genfer UNO-Runden. Einige

Rebellengruppen, die von den USA und Saudiarabien als «legitime Opposition» unterstützt, von den Regierungen in Moskau, Damaskus und Teheran wegen ihrer Nähe zur Al-Kaida aber als Terroristen eingestuft werden, waren erst gar nicht eingeladen – darunter befinden sich militärisch sehr starke und einflussreiche Milizen, ohne deren Einbindung in Verhandlungen eine politische Lösung oder auch nur ein dauerhafter, verlässlicher Waffenstillstand kaum möglich sein werden.

Andere Rebellengruppen schlugen die Einladung nach Astana aus, weil sie Russland und Iran als gegnerische Konfliktpartei wahrnehmen und nicht als Vermittler akzeptieren. Die türkische Regierung sorgte dafür – ähnlich wie vor den UNO-Runden im Frühjahr 2016 in Genf –, dass die von ihr als Terroristen eingestuft und militärisch bekämpften syrischen Kurden, immerhin die grösste ethnische Gruppe des Landes, keine Einladung nach Astana erhielten.

Doch selbst zwischen dieser reduzierten Vertretung der syrischen Opposition und der Regierungsdelegation wurde in Astana wie zuvor in Genf erneut kein einziges Wort gewechselt. Umso heftiger waren die gegenseitigen Beschimpfungen auf den Pressekonferenzen beider Seiten. Beide verweigerten die Unterschrift unter das von den Aussenministern Russlands, der Türkei und Irans vorgelegte Dokument zur verbesserten Überwachung und Umsetzung der Waffenruhe.

15 syrische Städte militärisch belagert

Diese Waffenruhe wurde in den ersten sechs Wochen 2017 immer brüchiger. Mitte Februar drohte ein direkter Zusammenstoss zwischen den türkischen und den syrischen Streitkräften, die beide auf die bislang vom IS kontrollierte Stadt Al-Bab vorrückten. Zudem eskalierten die türkischen Streitkräfte den Krieg gegen die Kurdenmiliz YPG.

Am 15. Februar sollte auf Betreiben Russlands in Astana eine zweite Konferenz zur Rettung der Waffenruhe stattfinden. Diese Waffenruhe hatte bis dahin kaum Fortschritte für die humanitäre Versorgung der Bevölkerung gebracht. Mitte Februar waren unverändert 15 Städte mit insgesamt rund 600'000 Menschen durch militäri-



sche Belagerung vollständig von humanitärer Versorgung abgeschnitten – 13 davon durch syrische Regierungstruppen. Darüber hinaus befanden sich nach Mitteilung der UNO nach wie vor über 5 Millionen Menschen in Regionen, in die humanitäre Versorgungsgüter zu liefern die eine oder andere Konfliktpartei stark behindert.

Der Astana-Verhandlungsprozess

Der Astana-Prozess sollte nach Aussage aller Beteiligten die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Syrienverhandlungen am Genfer UNO-Sitz verbessern. Doch den ursprünglich angepeilten Termin vom 8. Februar musste UNO-Chefvermittler Staffan de Mistura zunächst auf den 20. Februar verschieben, weil sich die Opposition nicht auf die Zusammensetzung ihrer Delegation einigen konnte. Die Delegation wurde schliesslich – wie im Frühjahr 2016 – in der saudischen Hauptstadt Riad unter erheblicher Einflussnahme der dortigen Regierung ernannt.

Dominiert wird die Delegation wieder von sunnitischen Rebellen, die

Kurden wurden auf Drängen Ankaras erneut ausgeschlossen, der Anteil der Frauen liegt noch unter den 10 Prozent des Vorjahres. Völlig unklar ist, was bei den Genfer Verhandlungen herauskommen kann. Grundlage ist nach wie vor der vom UNO-Sicherheitsrat im Dezember 2015 einstimmig beschlossene Dreistufenplan:

– dauerhafter Waffenstillstand und ungehinderte humanitäre Versorgung der Bevölkerung;

– Vereinbarung einer Übergangsregierung aus Vertretern von Regierung und Opposition, die dann dem syrischen Volk den Entwurf für eine neue Verfassung des Landes zur Abstimmung vorlegen soll;

– freie, von der UNO überwachte Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Machtverzicht Assads immer unwahrscheinlicher

Bereits die Vereinbarung und dann auch Umsetzung eines dauerhaften Waffenstillstands sowie die Aufhebung sämtlicher Belagerungen und sonstiger Behinderungen der humanitären Versorgung für die Bevölkerung wären – gemessen an den vorangegangenen blutigen Kriegsjahren – ein wesentlicher Fortschritt. Eine notwendige, allerdings nicht hinreichende Bedingung hierfür ist, dass US-Präsident Donald Trump seine Wahlkampfankündigung wahrmacht, die Unterstützung für bewaffnete Rebellengruppen in Syrien zu beenden. Doch selbst dann blieben als grosser Unsicherheitsfaktor Saudiarabien und Katar, die wegen ihrer eigenen, gegen den schiitischen Iran gerichteten Interessen die Unterstützung sunnitischer Rebellengruppen in Syrien möglicherweise fortsetzen werden.

Die Vereinbarung einer Übergangsregierung und der von sämtlichen Oppositionsgruppen trotz aller sonstigen Differenzen geschlossen geforderte Abtritt von Präsident Assad vor dem Amtsantritt dieser Regierung scheint noch unwahrscheinlicher als bereits bei den Genfer Verhandlungen vom Frühjahr 2016. Denn Assad steht seit seinem militärischen Sieg in Aleppo und angesichts der starken Rückendeckung aus Moskau und Teheran noch weniger als vor einem Jahr unter Druck, dieser Forderung nachzugeben. Zumal auch die türkische Regierung inzwischen öffentlich von der Forderung nach einem Machtverzicht Assads abgerückt ist. Und nach allen bisherigen Signalen aus der Trump-Administration zu



HUMAN SLAUGHTERHOUSE

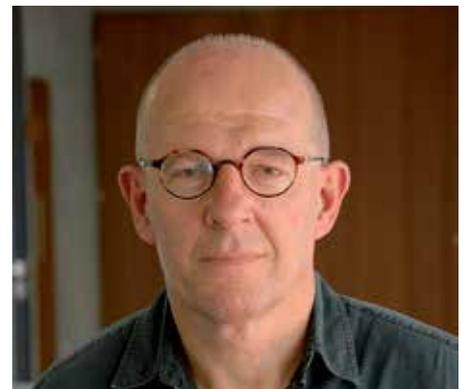
MASS HANGINGS AND EXTERMINATION AT SAYDNEYA PRISON, SYRIA

schliessen, wird diese Forderung auch von den USA nicht mehr erhoben.

Die Widersprüche der Anti-IS-Allianz

Unter diesen Umständen ist für die nächste Zeit folgendes Szenario wahrscheinlich: Im westlichen, wesentlich von syrischen Regierungstruppen und Russland kontrollierten Drittel Syriens herrscht weiterhin eine brüchige Waffenruhe. Die Türkei setzt ihren Krieg fort gegen die kurdischen Regionen im Nordosten Syriens mit dem von der Regierung Erdogan ausdrücklich erklärten Ziel, die YPG-Milizen zu vernichten oder über die Euphrat-Linie zu vertreiben. Damit steht die Türkei in deutlichem Widerspruch zu den USA, Russland und Iran, wo die kurdische YPG als wichtigste und bislang effektivste Bodentruppe gegen den IS gilt. Der türkische Präsident Erdogan forderte seinen neuen US-amerikanischen Amtskollegen Trump Anfang Februar in einem Telefonat unverblümt auf, jegliche Kooperation mit den

Fortsetzung Seite 4



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen in Genf und regelmässiger FRIEDENSZEITUNGS-Autor.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich.

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt. *Mitarbeit:* Andreas Zumach, Virpi Luoma, Amnesty Schweiz, Marco Fey (HSFK), Michael Walther, Ginevra Signer, Heidi Witzig, Deeqa Dhiblawe.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite: Amnesty-Report; Seite 7: Virpi Luoma; Seite 9: Ensemble; Seite 10: Heiri Frei; Seite 12/13: zVg; Seite 19: Swisso Kalmo; Seite 21/22: Hansueli Trüb; Seite 25: Gosteli-Archiv, Postkarte.

Druck: gdz AG, Zürich

Auflage: 2000 Ex., März 2017

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492



Human Slaughterhouse in Damaskus

Jede Woche werden im syrischen Militärgefängnis Saydnaya bei Damaskus bis zu 50 Häftlinge unter völliger Geheimhaltung erhängt: Dies enthüllt Amnesty International im neuen Bericht «Human Slaughterhouse. Mass Hangings and Extermination at Saydnaya Prison, Syria». Bis zu 13'000 Gefangene wurden so ermordet, dazu kommen Tausende von Toten, die durch Hunger, Durst oder Folter und Misshandlung umkamen.

/ Amnesty Schweiz /

Amnesty spricht von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und fordert vom UNO-Sicherheitsrat und insbesondere von Russland, alles daran zu setzen, dass unabhängige Inspektoren Zugang zu den Gefängnissen erhalten und damit den Massentötungen ein Ende setzen. Der Bericht stützt sich auf intensive Recherchen eines ganzen Jahres: Von Dezember 2015 bis Dezember 2016 führte Amnesty ausführliche Interviews mit insgesamt 84 Personen, vorwiegend im Süden der Türkei: Amnesty sprach mit ehemaligen Häftlingen, Wärtern und Offizieren von Saydnaya, syrischen AnwältInnen und RichterInnen sowie internationalen ExpertInnen. Zudem wurden Satellitenbilder ausgewertet, die neue Massengräber zeigen (siehe Titelseite dieser **FRIEDENSZEITUNG**).

Prozesse in einer bis drei Minuten

Durch die Zeugenaussagen und deren Verifizierung kann ein präzises Bild über den Ablauf der systematischen Hinrichtungen gezeichnet werden: Im sogenannten «roten Gebäude» von Saydnaya werden vor allem Personen festgehalten, die vom Regime mit den Demonstrationen von 2011/2012 in Verbindung gebracht werden: Demonstranten, Journalisten, humanitäre Helfer. In den Verliesen der Geheimdienste werden unter schwerer Folter «Geständnisse» erpresst; diese bilden die Grundlage für die Todesurteile des Militärgerichts in al-Qaboun bei Damaskus. Diese «Prozesse» dauern zwischen einer und drei Minuten pro Person.

Saydnaya wurde ab 2011 zur eigentlichen «Endstation» für politische Gefangene. Ein ehemaliger Beamter von

Saydnaya sagte am 6. Oktober 2016 gegenüber Amnesty: «Die Leute in Saydnaya sind Doktoren, Ingenieure, Demonstranten; ihre beste Beschreibung aber ist Revolutionäre. Saydnaya ist der Ort, um mit den Revolutionären fertig zu werden. Es ist das Ende für sie.»

Hinrichtungen durch Erhängen

Die Hinrichtungen finden dann einige Monate später statt, ein- oder zweimal wöchentlich, in Gruppen von bis zu 50 Häftlingen. Sie sind nur den direkt involvierten Wärtern und Vertretern des Sicherheitsapparates bekannt. Die Wärter holen die Betroffenen – unter dem Vorwand, sie würden in ein anderes Gefängnis verlegt – nachmittags aus ihren Zellen im «roten Gebäude» von Saydnaya und sammeln sie in einem Raum im Untergeschoss. Zwischen Mitternacht und drei Uhr morgens werden die Gefangenen, nachdem sie brutal zusammengeschlagen wurden, mit gefesselten Händen und verbundenen Augen in Lastwagen zum «weissen Gebäude» gefahren.

Dort finden die Hinrichtungen statt, im Beisein des Gefängniscommandanten und hoher Vertreter des Militärs und Geheimdienstes. Die Betroffenen werden auf einer Plattform aufgereiht, bevor ihnen die Wärter Schlingen um den Hals legen und sie hinunterstossen. Häftlingen, die in den 10 bis 15 Minuten, in welchen sie hängen bleiben, nicht sterben, weil sie zu leicht sind, wird von den Henkern das Genick gebrochen. Die Leichen werden anschliessend in Lastwagen des Militärspitals Tishreen abtransportiert, dort registriert und in Massengräbern auf Militärland bei Damaskus verscharrt. Amnesty geht davon aus, dass im Zeitraum von September 2011 bis Dezember 2015 zwischen 5000 und 13'000 Gefangene – in der grossen Mehrheit Zivilisten – erhängt wurden. Hohe Regierungsvertreter, Militärs und Geheimdienstmitarbeiter sind in die systematischen Hinrichtungen involviert. Es muss davon ausgegangen werden, dass die völkerrechtlich verbotenen extralegalen Hinrichtungen bis heute andauern.

Vernichtung durch systematische Folter, Hunger und Durst

Bereits im August 2016 hatte Amnesty dokumentiert, dass in syrischen Gefäng-

nissen – namentlich in Saydnaya – durch systematische Folter und Misshandlung, Verhungern- und Verdurstenlassen sowie durch die Verweigerung medizinischer Behandlung mindestens 17'000 Gefangene getötet worden sind. Die im Zuge der neuen Recherchen gesammelten Zeugenaussagen der wenigen Menschen, die durch Bestechung oder durch eine präsidiale Amnestie aus Saydnaya herausgekommen sind, bestätigen das erschütternde Bild von systematischer Folter und Erniedrigung, Vergewaltigungen sowie Nahrungs- und Wasserentzug.

Das Regime im «roten Gebäude» in Saydnaya ist auf die Vernichtung der Häftlinge ausgerichtet und betrifft derart viele Zivilisten, dass von einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Artikels 7 des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs gesprochen werden muss: Der Tatbestand der «Ausrottung» umfasst die «vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen – unter anderem das Vorhalten des Zugangs zu Nahrungsmitteln und Medikamenten –, die geeignet sind, die Vernichtung eines Teiles der Bevölkerung herbeizuführen».

Die auf diese Weise getöteten Häftlinge werden ebenfalls ins Militärspital Tishreen gebracht. Im Gegensatz zu den Opfern der Hinrichtungen werden sie dort fotografiert (dies war unter dem Namen «Caesar Fotos» bereits bekannt geworden, als ein syrischer Militärphotograf Tausende von Bildern entstellter Leichen aus syrischen Militärgefängnissen herausgeschmuggelt hatte). Die Militärärzte halten als Todesursache zumeist Herz- oder Atemstillstand fest, bevor die Leichen in Massengräbern verscharrt werden.

Sicherheitsrat: Zugang erzwingen

Amnesty fordert die Alliierten des syrischen Regimes Russland und Iran dringend auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beenden. Die Staatengemeinschaft muss über die verschiedenen UNO-Mechanismen den Zugang von unabhängigen internationalen Beobachtern nach Saydnaya und zu den anderen syrischen Gefängnissen erwirken. Dies betrifft namentlich den UNO-Sicherheitsrat: Er muss die Resolution 2139 sowie den Zugang der UNO-Untersuchungskommission, des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte und der UNO-Agenturen für humanitäre Hilfe endlich durchsetzen und den Internationalen Strafgerichtshof mit Ermittlungen betrauen.

Die Friedens-Stationen im Appenzellerland

sowie jede Unterstützung für die kurdischen YPG-Milizen zu beenden.

Dieser Widerspruch dürfte sich zunehmend als Störfaktor für das immer wieder als Ziel proklamierte koordinierte Vorgehen dieser vier Staaten gegen den IS erweisen, der derzeit noch knapp 50 Prozent des syrischen Territoriums kontrolliert. Erschwerend hinzu kommt das wachsende Misstrauen Irans gegenüber den USA, nachdem die Trump-Administration einen neuen Kurs der Konfrontation gegen Teheran eingeschlagen hat mit der Verhängung neuer Sanktionen und der Drohung, aus dem Abkommen über das iranische Atomabkommen auszusteigen.

Krieg der USA gegen Iran?

Der neue US-Präsident hat mit dem, inzwischen bereits zurückgetretenen, nationalen Sicherheitsberater Michael Flynn, Pentagonchef James Mattis, CIA-Direktor Mike Pompeo sowie dem Leiter des Ministeriums für innere Sicherheit, John Kelly, vier eingefleischte ideologische Iranfeinde auf die vier wichtigsten sicherheitspolitischen Posten seiner Administration berufen. Alle vier bezeichnen Iran in grotesker Verdrehung der Tatsachen als den «globalen Hauptsponsor des islamistischen Terrorismus». Tatsächlich wird diese Rolle seit mindestens 25 Jahren von der wahhabitischen Königshausdiktatur in Saudiarabien gespielt, dem (vermeintlich) wichtigsten Verbündeten der USA und anderer westlicher Staaten (auch der Schweiz) im Nahen Osten sowie Hauptempfänger von Waffen aus den westlichen Ländern. Pentagonchef Mattis plädierte in einem im August 2016 veröffentlichten Buch ganz unverhohlen für die Option eines Krieges der USA gegen den Iran.

Auch die De-facto-Abkehr der Trump-Administration vom Ziel einer Zweistaatenlösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt und ihre Unterstützung für den fortgesetzten, völkerrechtswidrigen Bau israelischer Siedlungen in der Westbank wird zu einer Konflikteskalation im Nahen Osten und zu zunehmenden Spannungen zwischen den USA, Iran, Russland und der Türkei führen. Unter diesen Rahmenbedingungen ist eine stabile «Friedenslösung», die auch die sichere Rückkehr der syrischen Flüchtlinge in ihre Heimat und den Wiederaufbau des Landes erlauben würde, noch lange nicht in Sicht.

Am 25. März 2017 werden die Friedens-Stationen zwischen Walzenhausen und Heiden mit einem Festakt in der Kirche Wolfhalden eingeweiht. Die zehn Friedensstationen sind mit einem Weg von Walzenhausen nach Heiden verbunden. Jede einzelne dieser Stationen ist einer Persönlichkeit gewidmet, die



sich selbstlos und mutig für Menschen in grosser Not eingesetzt hat. Und jede dieser Persönlichkeiten hat einen starken Bezug zum Appenzeller Vorderland.

So überlebten dank der mutigen Aktion von Carl Lutz aus Walzenhausen Tausende von Jüdinnen und Juden den Holocaust; und die Lutzenbergerin Gertrud Kurz wurde zur Anlaufstelle für unzählige Flüchtlinge – um nur zwei zu nennen. Die Friedens-Stationen bieten Informationen zu den einzelnen bewegenden Lebensgeschichten der gewürdigten Personen. Würfel, platziert auf dem Weg, laden ein sich hinzusetzen, um über den Bodensee und die Landesgrenze hinauszuschauen. Mit einem Handy-Klick auf den QR-Code ist man auf der Website, wo man sich weiter in die historischen und persönlichen Fakten der Porträtierten vertiefen kann.

Einweihung: 25. März in Wolfhalden

Der Festakt am 25. März beginnt um 14.30 Uhr in der Kirche Wolfhalden. Die Veranstaltung ist öffentlich. Nach der Feier sind alle herzlich zu einem Apéro eingeladen.

Der neue SFR-Newsletter

Mitte Dezember 2016 haben wir den ersten elektronischen Newsletter an interessierte Personen, uns nahestehende Organisationen und Medien versandt. Er soll künftig viermal im Jahr, jeweils kurz vor der neuen **FRIEDENSZEITUNG** erscheinen. Neben einem Hinweis auf Schwerpunkte der aktuellen **FRIEDENSZEITUNG**-Ausgabe möchten wir mit dem Newsletter auch auf interessante Veranstaltungen und Themen, die uns am Herzen liegen, aufmerksam machen. Davon erhoffen wir einerseits eine stärkere Bindung an unsere Mitglieder und LeserInnen, andererseits eine stärkere Präsenz in den Medien und in unserem Umfeld.

Der erste Newsletter hat ein gutes Echo gefunden. Wir würden ihn gerne an alle Interessierten versen-



den. Wenn Sie ihn künftig erhalten möchten, melden Sie uns doch Ihre E-Mail-Adresse. Diese wird garantiert nur für den Newsletter und nur alle drei Monate verwendet, damit Sie sich auf die neuste Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** freuen können.

Mitteilungen an info@friedensrat.ch

Die Waffenausfuhrstatistik 2016

Land	Wert CHF	Land	Wert CHF	Land	Wert CHF
Deutschland	93'154'250	Slowakei	2'035'292	Macau	107'939
Südafrika	51'308'561	Kanada	1'902'644	Serbien	98'542
Indien	34'588'057	Ungarn	1'881'086	Lettland	70'801
USA	32'075'053	Tschechien	1'833'400	Mexiko	47'500
Pakistan	25'525'024	Estland	1'100'597	Türkei	47'140
Dänemark	20'998'713	Südkorea	671'070	Portugal	39'548
Schweden	17'875'705	Polen	561'437	Jordanien	28'588
Frankreich	17'325'641	Japan	503'731	Malta	16'470
Grossbritannien	17'234'772	Bahrain	493'976	Kroatien	15'530
Saudiarabien	12'155'037	Argentinien	449'767	Neuseeland	14'666
Malaysia	9'312'104	Australien	404'563	Bosnien und Herzegowina	7'897
Norwegen	8'884'398	Finnland	353'973	Griechenland	7'304
Brasilien	7'656'183	Vietnam	333'405	Tunesien	7'200
Italien	7'314'468	Luxemburg	299'610	Island	4'969
Spanien	6'670'492	Rumänien	261'563	Kenia	3'704
Singapur	5'498'114	Kuwait	225'749	Georgien	2'940
Bulgarien	4'407'692	Irland	221'708	Slowenien	2'808
Niederlande	4'292'549	China	181'372	Philippinen	1'852
Indonesien	4'194'177	Litauen	171'393	Hongkong	1'390
Chile	3'636'934	Katar	169'774	Bangladesh	820
Arabische Emirate	3'586'470	Paraguay	161'955	Mali	750
Belgien	3'305'984	Israel	154'873	Zypern	109
Österreich	3'180'706	Kolumbien	142'889		
Oman	2'599'552	Brunei	114'000	Total 70 Länder	411'938'930

Zur Waffenausfuhrstatistik 2016

Die offizielle Statistik der Kriegsmaterialausfuhr – inklusive einem Spezialbericht zu Kleinwaffen –, die das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco jährlich auf Ende Februar zusammenstellt, verzeichnet für das letzte Jahr Lieferungen aus der Schweiz in 70 Länder weltweit in einem Umfang von insgesamt 412 Mil-

lionen Franken. Damit sind die effektiv ausgeführten Exporte 2016 nach einem Zwischenhoch im Jahre 2014 von 563,5 Mio. Franken bereits zum zweiten Mal gesunken, verglichen mit dem Vorjahr um 8 Prozent. Nicht in dieser Zahl enthalten sind wie immer die sogenannten besonderen militärischen Güter, die unter das Güterkontrollgesetz fallen

(siehe Kasten unten). Sie sind wie immer beträchtlich höher als die offiziell ausgewiesenen Waffenexporte, weil u.a. militärische Pilatus-Trainingsflugzeuge darunter fallen, die immer noch nicht als Kriegsmaterial deklariert werden, obwohl sie zur Ausbildung von Flugwaffen verschiedener Länder unabdingbar sind.

Auf der detaillierten Exportliste der besonderen Güter findet man an erster Stelle Indien mit 297,6 Mio. Franken, dann folgen Jordanien mit 142,7 Mio. und die USA mit 110,7 Mio. Franken. Erhebliche besondere Güter werden im Weiteren nach Grossbritannien (49 Mio.), Taiwan (27,7 Mio.) und Deutschland (10,3 Mio. Franken) geliefert. Aber auch Malaysia, die Türkei, Pakistan, Thailand, Indonesien, Vietnam, Singapur, die Philippinen, Aserbaidschan, Israel und Saudiarabien kommen in den Genuss von Lieferungen zwischen 8 und 2 Mio. Franken. Keine Angaben macht das Seco zu den sogenannten Dual-Use-Gütern, also solchen, die sowohl militärisch wie zivil verwendet werden können. Beklagt werden wie im Vorjahr die Auswirkungen des harten Frankens auf die Waffenexportindustrie.

Statistik Kriegsmaterial und besondere militärische Güter

Jahr	Kriegsmaterial	Bes. mil. Güter	Total
2006	397'611'423	231'326'053	628'937'476
2007	464'482'098	493'035'484	957'517'582
2008	721'968'433	338'163'361	1'060'131'794
2009	727'722'790	228'328'366	956'051'156
2010	640'498'611	198'349'995	838'848'606
2011	872'684'995	1'104'728'925	1'977'413'920
2012	700'420'664	2'408'077'896	3'108'498'560
2013	461'192'174	405'270'501	866'462'675
2014	563'500'800	887'665'453	1'451'166'253
2015	446'550'281	1'165'128'164	1'611'678'445
2016	411'938'930	693'116'869	1'105'055'799

Das Nähatelier der Zürcher Social Fabric

In Zürich – neben der SZU-Haltestelle Binz – gibt es ein Gemeinschaftsnähatelier, das ökologische und soziale Ziele verfolgt. Das Atelier ist ein Projekt der Organisation Social Fabric, die Nähkurse, Flüchtlingshilfe und ökologisch hergestellte Textilien anbietet. Das Nähatelier hat sich in kurzer Zeit einen ausgezeichneten Ruf als interkulturellen und umweltfreundlichen Ort erarbeitet.

/ Virpi Luoma /

Helka Mäki kommt aus Finnland und arbeitet als Projektmanagerin bei der Social Fabric. Mit ihr konnte ich ein Interview für die **FRIEDENSZEITUNG** machen. Sie ist ausgebildete Damenschneiderin und qualifizierte sich als Lehrerin für Textilhandwerk und Computeranwendungen. Bei der Social Fabric ist sie verantwortlich für die Nähkurse und das Projekt «ReThread», in dem Flüchtlinge das Textilhandwerk sowie Grundkenntnisse zur Gründung eines eigenen Unternehmens erlernen.

FRIEDENSZEITUNG: Wie ist die Social Fabric entstanden?

Helka Mäki: Das Projekt startete 2015, als die kanadische Umweltforscherin Heather Kirk sich mehr positiven Einfluss und konkrete Möglichkeiten in ihrer täglichen Arbeit wünschte. Daher entwickelte sie die Idee der Social Fabric als Treffpunkt für verschiedene Menschen, die sich für Nachhaltigkeit in der Textilbranche engagieren wollen. Das Projekt in Zürich startete mit ein paar Nähmaschinen und einem Nähkurs. Als die Nachfrage, der Verkauf der Produkte und die Besucherzahlen zunahmen, hatten

wir die Chance, eine grössere Nähwerkstatt zu mieten und Leute anzustellen. Inzwischen arbeiten wir mit ausländischen Textilfirmen zusammen, die sich ebenfalls der Nachhaltigkeit verpflichten.

Warum brauchen wir Vereine wie die Social Fabric?

Erstens nehmen in unserer Gesellschaft die Digitalisierung sowie die Beziehungslosigkeit zu. Aber auch das Bedürfnis vieler Menschen, zusammen etwas Konkretes zu machen, wächst. Unsere Nähkurse bieten für meistens Englisch sprechende Leute die Möglichkeit, zusammen handwerklich tätig zu sein. Zweitens kommt hinzu, dass Kleider mehr und mehr minderwertig produziert werden. Sie gehen rasch kaputt, oder sie sind nicht so angenehm für unsere Körper. Ökologische Kleidung versucht, die Umwelt weniger zu belasten, indem die Textilien eine längere Lebensdauer haben und aus weniger schädlichen Materialien hergestellt sind. Drittens haben Flüchtlinge grosse Schwierigkeiten, in Zürich eine Arbeit zu finden. Unsere Crowdfunding-Kampagnen und offenen Nähkurse unterstützen die Flüchtlinge.

Können Sie mehr über die Ziele und Aktivitäten der Social Fabric erzählen?

Wir sind eine Community-basierte Organisation, die den Gebrauch von Textilien und Bekleidung mit einem kleinen ökologischen und einem positiven sozialen Fussabdruck unterstützt. Durch unsere Kurse, wo wir gemeinsam Textilprodukte nachhaltig herstellen, bieten wir unseren Mitgliedern und Kunden die Möglichkeit, bewusster mit dem Thema Textilien umzugehen. Zum Bei-

spiel bieten wir Nähkurse für Anfänger und Anfängerinnen an, die Kleider aus umweltfreundlichen Stoffen wie etwa Tencel, das aus Zellulose gemacht wird, herzustellen lernen.

Unser «ReThread»-Projekt richtet sich direkt an Flüchtlinge. Hier arbeiten jeden Donnerstagmorgen Flüchtlinge und Ehrenamtliche zusammen. Die Rucksäcke, Beutel und T-Shirts werden zusammen mit Flüchtlingen in der Social Fabric entworfen und genäht. Ein Teil der Produkte machen und verkaufen wir als «Refugees welcome»-Produkte. Über 40 Flüchtlinge haben bereits an unseren interkulturellen Workshops teilgenommen. Wir arbeiten mit der AOZ zusammen, einer Institution der Stadt Zürich, die Flüchtlinge mit Sozialhilfe unterstützt. Dank dieser Unterstützung können wir Praktikumsstellen für Flüchtlinge anbieten.

Zusätzlich lancierten wir im letzten Herbst eine grosse Crowdfunding-Kampagne, um Geld und Kundenbestellungen zu sammeln, damit wir Cisse Sekou, unseren aus der Elfenbeinküste geflüchteten Schneider, als Praktikanten anstellen konnten. Mit dem Vorverkauf der von ihm hergestellten Artikel und der Unterstützung von unseren Kundinnen und Mitgliedern konnte Cisse ein halbes Jahr bei uns arbeiten.

So fördern wir auch unsere Idee, eine Community aufzubauen. Wir haben eine gemischte Rechtsstruktur: Die Social Fabric GmbH ist zuständig für unsere umsatzgenerierenden Aktivitäten und Verkäufe von Textilprodukten. Die Social Fabric Association ist ein steuerbefreiter gemeinnütziger Verein mit einem Vorstand, der unsere Arbeit mit Flüchtlingen leitet.

Unterstützen Sie die Friedens- und die Flüchtlingsarbeit!

Machen Sie dieses Jahr Geschenke und Einkäufe, die eine positive Wirkung haben. Besuchen Sie die Webseite www.refugees-welcome.ch/de und erwerben Sie Produkte, die von der Social Fabric Community designt und hergestellt wurden. Damit erhöhen Sie die positive Wirkung, die wir gemeinsam erzielen können.

SFR-Code eingeben: Unterstützen Sie uns, indem Sie bei der Social Fabric einkaufen: Geben Sie im Onlineshop beim Checkout den Code «sfr» ein. Dann spendet die Social Fabric 10 Prozent des Kaufbetrags an den Schweizerischen Friedensrat!





Die Social Fabric-KollegInnen Helka Mäki, Heather Kirk und Cisse Sekou haben in Zürich eine interkulturelle Nähgemeinde geschaffen.

Welche Herausforderungen erfahren Sie in der interkulturellen Arbeitsgemeinschaft?

Eine der grössten Herausforderungen ist die Bürokratie, vor allem das Beschaffen einer Arbeitserlaubnis für die Flüchtlinge. Viele haben einen N-Ausweis, damit kann man nicht arbeiten. Als wir zusammen mit Flüchtlingen die «Refugees Welcome»-Produkte entwarfen, konnten wir ihnen keine Löhne bezahlen. Daraus entstand die Idee, dass 20 Prozent der Einnahmen aus dem «Refugees Welcome»-Verkauf an eine gemeinnützige Einrichtung gehen. Dann gibt es besonders bei Niedriglohnarbeit einen grossen Nachteil: Wenn Flüchtlinge eine Arbeitserlaubnis bekommen haben, werden 10 Prozent ihres Lohnes für die Beiträge an die Sozialversicherungen zurückbehalten. Im Bereich Arbeitserlaubnis gibt es noch vieles zu verbessern. Bei uns in der alltäglichen Arbeit ist natürlich die Sprache eine Herausforderung. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen von «Arbeitsmoral», und es werden bei uns verschiedenste Muttersprachen gesprochen. Aber bisher haben wir alles mit konkreten Anleitungen und Humor gut hingekriegt.

Was sind die Ziele Ihrer Flüchtlingshilfe?

Unser Projekt bietet nicht nur die Gelegenheit zu interkulturellem Austausch, sondern zielt vor allem darauf, die TeilnehmerInnen in die einzelnen Arbeitsprozesse einzubeziehen, von der Produkteentwicklung über das Design bis hin zum Testen des Marktes und zum Unternehmensaufbau. Diese Grundkenntnisse sind nützlich, um die Entwicklung einer Geschäftsidee und die Gründung eines eigenen Unternehmens zu planen. Wir möchten ausserdem mit den Menschen, die an unseren Workshops teilnehmen, ein Netzwerk aufbauen, das es ihnen erleichtert, hier in der Schweiz ein neues Leben zu beginnen.

Was denken Sie über den heutigen Textilkonsum und die Industrie?

In der Textilindustrie gibt es viele Fehler. Grosse Firmen nutzen die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Schwellenländern aus. Sie haben keine Verantwortung, Löhne und Rechte sind ein Hohn. Die Arbeitsverhältnisse sind gefährlich, manche Zutaten in der Kleiderherstellung sind giftig. Solche Kleidung wird dann nach Europa verfrachtet, vielleicht ein paar Monate getragen und dann als

Abfälle aus Europa wieder wegtransportiert. Das belastet die Umwelt viel zu sehr. Die Textilindustrie benötigt dringend eine kritische Beobachtung. Auf der anderen Seite müssen Menschen zu einem bewussteren Konsumverhalten erzogen werden. Wir müssen weniger, aber langlebige und hochwertige Kleidung einkaufen. Und wir brauchen dringend neue nachhaltige Textilien. Zum Beispiel ist Baumwolle unökologisch, weil der Anbau zu viel Wasser benötigt.

Wie antwortet die Social Fabric auf die Probleme des Textilkonsums?

In der Social Fabric benutzen wir nur ökologische Textilien für hochwertige Kleidung in einem zeitlosen Stil. Wir haben ökologische Baumwolle, Leinen und Tencel. Zusätzlich ist Wiederverwendung ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Nachhaltigkeit. Zum Beispiel benutzen wir für unsere Rucksäcke alte Jeans. Wir entwickeln ständig neue nachhaltige Textilien in Zusammenarbeit mit anderen Firmen.

Mehr über die Social Fabric:
www.socialfabric.ch/de

Für ein Verbot von Kriegsgeschäften

Die FRIEDENSZEITUNG hat sich schon mehrmals mit der Finanzierung von internationalen Firmen, die u.a. Atomwaffen oder deren Bestandteile herstellen, durch den Schweizer Finanzplatz beschäftigt (vgl. die Ausgabe Nr. 7 vom Dezember 2013 oder Nr. 11 vom Dezember 2014). Jetzt will eine Volksinitiative, die Mitte April lanciert wird und an der sich auch der Schweizerische Friedensrat beteiligt, die Investitionen von Schweizer Institutionen in Rüstungskonzerne generell unterbinden. Neben den Banken und ihren Portfolios richtet sich die Initiative vor allem an die Pensionskassen (und Versicherungen). Wir stellen im Folgenden die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsgeschäften vor, dabei stützen wir uns auf ein Argumentarium der GSoA. Den Unterschriftenbogen finden Sie dann in unserer Ausgabe vom kommenden Juni.

Über den Schweizer Finanzplatz werden Milliardenbeträge investiert und angelegt. Ein Teil dieses Geldes fliesst in Kriegsmaterial produzierende Firmen. Dabei werden nicht nur Konzerne unterstützt, die schwere Waffen wie Panzer, Artillerie und Kriegsschiffe oder leichte Waffen wie Gewehre, Munition oder Handgranaten produzieren. Es fliesst auch Geld in Konzerne, die geächtetes Kriegsmaterial wie atomare, biologische oder chemische Waffen sowie Streumunition und Anti-Personenminen herstellen.

Die Schweiz investierte 2014 798 US-Dollar (USD) pro EinwohnerIn in Unternehmen, die atomare Rüstungsgüter herstellen. In Deutschland lag der

Wert bei 122 USD und in Österreich bei 9 USD pro Kopf. In Grossbritannien, eine der fünf offiziellen Atomwaffenmächte, liegen die Investitionen mit 589 USD pro Kopf unter dem schweizerischen Investitionsvolumen. Die wichtigsten Akteure werden im Folgenden kurz vorgestellt:

Grossbanken

Die beiden Schweizer Grossbanken Credit Suisse und UBS waren im Jahr 2015 mit 1,4 bzw. 5,1 Milliarden Franken an Produzenten von atomaren Rüstungsgütern beteiligt. Die UBS hatte im Jahr 2015 an mehreren Rüstungskonzernen einen Anteil von mehr als 0,5 Prozent aller Aktien des jeweiligen Konzerns. So beispielsweise beim Konzern Fluor, bei Boeing, bei Northrop Grumman oder bei Raytheon. All diese Konzerne sind in Geschäfte mit Atomwaffen und/oder mit Streumunition involviert. Diese Investitionen bilden jedoch nur die Spitze des Eisberges ab, da das Volumen der Investitionen in Rüstungskonzerne, die keine Atomwaffen oder international geächteten Waffen herstellen, nicht bekannt ist.

Kleinere Banken und Kantonalkassen

Nicht nur die beiden Grossbanken sind an Kriegsgeschäften beteiligt. Auch kleinere Banken wie Pictet oder Edmond de Rothschild weisen einige Investitionen in Atomwaffenproduzenten auf. Über Fonds und sonstige Angebote sind zudem auch Kantonalkassen an diesem Geschäft beteiligt. Auch hier gilt: Die detaillierten Investitionsvolumen in sämtliche Rüstungskonzerne sind nicht bekannt.

Schweizerische Nationalbank (SNB)

Die SNB investierte im Jahr 2015 in mindestens 14 Atomwaffenproduzenten über 600 Millionen Dollar. Noch im Jahr 2014 hatte die SNB kommuniziert, «auf Aktien von Unternehmen, die international geächtete Waffen produzieren, grundlegende Menschenrechte massiv verletzen oder systematisch gravierende Umweltschäden verursachen», zu verzichten.

Pensionskassen

Pensionskassen investieren vor allem via Indexfonds in Kriegsmaterialproduzenten. So investiert die Personalvorsorge-stiftung der Stadt Bern 1,8 Prozent ihres Anlagevolumens in solche Konzerne. Andere Pensionskassen wie z.B. diejenigen von Post, Ruag oder die Publica investieren um die 0,3 Prozent ihres Anlagevermögens in Rüstungskonzerne. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass zwischen 4 und 12 Milliarden Franken aus schweizerischen Pensionskassen in Rüstungskonzerne fließen. Als positives Beispiel ist hier die Pensionskasse der Stadt Zürich, eine der 300 grössten Pensionskassen weltweit, zu nennen, die Atomwaffen- und Streumunitionsproduzenten konsequent aus ihrem Anlageportfolio ausschliesst.

Versicherungen

Wie bei Pensionskassen laufen die Investitionen von Versicherungen auch oft über Indexfonds. Bei solchen Kapitalmarktteilnehmern ist es höchstwahrscheinlich, dass auch Geld in Rüstungskonzerne fließt. Detaillierte Zahlen zu den Investitionsvolumen sind nicht bekannt. Neben diesen Hauptakteuren gibt es weitere Kapitalmarktteilnehmer wie z.B. Stiftungen, Investmentgesellschaften oder Investmentfonds, bei denen Investitionen in Rüstungskonzerne vorkommen. Abschliessend lässt sich festhalten, dass von der Schweiz aus mit Milliarden von Franken Kriegsgeschäfte betrieben werden.



Erläuterungen zum Initiativtext

Welches sind die von der Initiative betroffenen AkteurInnen?

Abs. 1 von Art. 107a (neu) der schweizerischen Bundesverfassung definiert die von der Initiative betroffenen AkteurInnen. Dabei handelt es sich nicht um die Kriegsmaterialproduzenten, sondern um Finanzakteure, die Gelder in diese Produzenten fliessen lassen. Von der Initiative direkt betroffen sind die Schweizerische Nationalbank, die Stiftungen nach schweizerischem Recht und die Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge. Als Einrichtungen der staatlichen Vorsorge gelten die Alters- und Hinterlassenenversicherung, die dazugehörigen Ergänzungsleistungen, die Invalidenversicherung und der Erwerbsersatz während des Militär-, Zivilschutz- oder Zivildienstes sowie der Mutterschaft.

Ausserdem ist der AHV-Ausgleichsfonds betroffen. Als Einrichtungen der beruflichen Vorsorge gelten die öffentlich-rechtlichen und privaten Pensionskassen. Ebenfalls von der Initiative betroffen sind die Banken und Versicherungen. Einerseits haben die Banken in ihrer Funktion als Treuhänderinnen das Vermögen der Pensionskassen bei sich angelegt. Dadurch würden zu den bereits heute bestehenden nachhaltigen Anlagemöglichkeiten viele weitere nachhaltige Anlagevehikel hinzukommen. Andererseits wird durch den Abs. 4 von Art. 107a (neu) der Bundesverfassung der Bund verpflichtet, sinngleiche Bedingungen für Banken und Versicherungen auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern.

Was sind Kriegsmaterialproduzenten?

Der Begriff «Kriegsmaterialproduzent» ist ein neuer Rechtsbegriff. Davon erfasst sind Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Als Unternehmen in diesem Sinne gelten jegliche nationalen und internationalen organisatorisch-rechtlichen Einheiten, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Ebenfalls unter diesen Begriff fallen Mischkonzerne, die verschiedene Sparten bzw. Tochterfirmen haben, die jeweils unterschiedliche Zwecke verfolgen können. Der Jahresumsatz bezeichnet den Gesamtumsatz eines Unterneh-

Fortsetzung Seite 10



Der Initiativtext

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsgeschäften» will die Bundesverfassung mit folgendem Text ergänzen.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 107a (neu) **Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten**

1 Der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ist die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt.

2 Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Davon ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und deren zugehörige Munition.

3 Als Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten gelten:

a. Die Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen an Kriegsmaterialproduzenten.

b. Die Beteiligung an Kriegsmaterialproduzenten und der Erwerb von Wertpapieren, die durch Kriegsmaterialproduzenten ausgegeben werden.

c. Der Erwerb von Anteilen an Finanzprodukten wie kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten, wenn diese Finanzprodukte Anlageprodukte im Sinne von Abs. 3 Bst. b enthalten.

4 Der Bund fördert sinngleiche Bedingungen für Banken und Versicherungen auf nationaler und internationaler Ebene.

Die *Übergangsbestimmungen* der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 12 (neu)

Übergangsbestimmung zu Art. 107a (Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten)

1 Treten innerhalb von vier Jahren nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.

2 Nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände dürfen keine neuen Finanzierungen gemäss Artikel 107a mehr getätigt werden. Bestehende Finanzierungen müssen innerhalb von vier Jahren abgestossen werden.



Fortsetzung von Seite 9

mens innerhalb eines Geschäftsjahres. Die Herstellung meint die gewerbsmässige Neuanfertigung von Kriegsmaterial sowie die gewerbsmässige Abänderung von Kriegsmaterial an Teilen, die für dessen Funktion wesentlich sind.

Nicht als Kriegsmaterial gelten jene Geräte, die zur humanitären Entminung eingesetzt werden. Vereinzelt werden bei der humanitären Entminung noch Geräte auf Grundlage von Panzer-Chassis eingesetzt, die als besondere militärische Güter gelten. Die Initiative will die Bemühungen zur Minenräumung nicht behindern, deshalb ist dafür eine Ausnahme vorgesehen. Auch Jagd- und Sportwaffen fallen nicht unter den Begriff Kriegsmaterial, sofern sie eindeutig als solche erkennbar und nicht für Kampfhandlungen geeignet sind, wie z.B. Biathlon-Gewehre. Die Ausnahme gilt nicht für Sturmgewehre mit Seriefuersperre und ähnliche Waffen, die immer wieder in Konflikten verwendet werden. Besondere militärische Güter fallen wie auch sonst in der schweizerischen Gesetzgebung nicht unter dieses Finanzierungsverbot.

Was ist verboten?

Verboten ist die Finanzierung von ebendiesen Kriegsmaterialproduzenten. Damit der Verfassungstext in der praktischen Umsetzung funktioniert, wurde eine Vielzahl von Tätigkeiten explizit geregelt. Es sind jegliche direkten und indirekten Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten verboten. Dieser Sammelbegriff umfasst sowohl alle bereits praktizierten Arten von Finanzierung, soll aber auch noch nicht entwickelte Produkte umfassen. Die Finanzbranche

entwickelt sich ständig weiter, und neue Produkte kommen auf den Markt. Die offene Formulierung zielt somit auch auf Finanzierungsmöglichkeiten ab, die heute noch nicht existieren oder angewendet werden. Direkte Investitionen sind eine simple Form von Finanzierung, bei der ein Finanzinstitut einem Kriegsmaterialproduzenten finanzielle Vorteile direkt zukommen lässt. Dies kann beispielsweise über den Kauf von Anteilen an der Firma oder in Form von Kreditgewährung geschehen.

Im Gegensatz dazu sind indirekte Investitionen eines Finanzakteurs jene Finanzierungsarten, bei denen zwischen Finanzinstitut und begünstigtem Kriegsmaterialproduzenten ein Mittelelement steht. Solche Elemente können Aktienfonds und deren Substitute, strukturierte Produkte oder vergleichbare An-

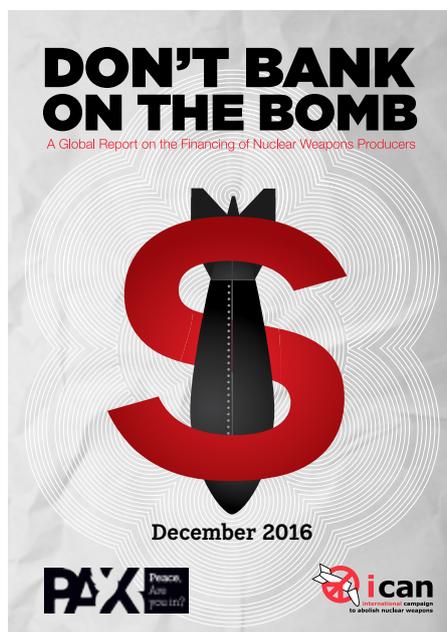
legemöglichkeiten sein, bei denen der Kontakt zwischen FinanzakteurIn und begünstigtem Kriegsmaterialproduzenten nicht direkt stattfindet, sondern durch Dritte vermittelt wird. Verboten ist ausserdem die Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen. Dies wird in der Fachsprache direkte Finanzierung genannt.

Die indirekte Finanzierung ist ebenso betroffen, dabei handelt es sich um Beteiligungen an Kriegsmaterialproduzenten und den Erwerb von Aktien und Obligationen, die durch ebendiese herausgegeben werden. Ausserdem ist der Erwerb von Anteilen an sämtlichen Finanzprodukten Teil der Initiative. Dies sind beispielsweise strukturierte Produkte, Derivate oder vergleichbare Produkte sowie kollektive Kapitalanlagen, die Aktien, Obligationen oder andere Anlageprodukte enthalten. Auch der Erwerb von Finanzprodukten jeglicher Art von Drittemittenten, die Kriegsmaterialproduzenten beinhalten, sind von der Initiative betroffen.

Der dritte Abschnitt widmet sich insbesondere den abstrakten Finanzprodukten. Strukturierte Produkte sind rechtlich gesehen Schuldverschreibungen der Emittenten und somit Wertpapiere ähnlich einer Anleihe. Bei Derivaten handelt es sich um gegenseitige Verträge, die ihren wirtschaftlichen Wert vom beizulegenden Zeitwert einer marktbezogenen Referenzgrösse ableiten. Kollektive Kapitalanlagen sind Vermögen, die von Anlegerinnen und Anlegern zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage – vor allem in Wertpapieren oder anderen Wertrechten – aufgebracht und nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung fremdverwaltet werden.

Übergangsbestimmungen

Damit die Initiative in der Praxis problemlos umsetzbar ist, wurden dazugehörige Übergangsbestimmungen verfasst. Zum einen wird dabei der Bundesrat verpflichtet, die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg zu erlassen, sofern die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht innerhalb von vier Jahren erlassen wurden. Zum anderen wird die Wirtschaft verpflichtet, bestehende Finanzierungen innerhalb von vier Jahren abzustossen. Ausserdem dürfen mit Annahme der Initiative keine neuen Finanzierungen gemäss Abs. 3 von Art. 107a (neu) der Bundesverfassung getätigt werden.



Fordern Sie Transparenz von Ihrer Pensionskasse!

In der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 15 vom Dezember 2015 forderten wir unsere Leserinnen und Leser auf, von ihrer Pensionskasse Transparenz über die Kriterien ihrer Anlageprodukte aus den Portfolios zu fordern, und haben dazu einen Musterbrief mit Fragen nach Investitionen in Atomwaffen und Streumunition veröffentlicht. Nachfolgend zwei Antworten von Pensionskassen, die eine von der Pensionskasse Basel-Stadt, die andere etwas ausführlichere von der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich.

Pensionskasse Basel-Stadt

«Die PKBS berücksichtigt in ihren Vermögensanlagen den Nachhaltigkeits-Ansatz und bekennt sich zu ökologischer und sozialpolitischer Verantwortung. In unserem Anlagereglement und in den Anlagerichtlinien sind die Grundsätze der Vermögensbewirtschaftung festgehalten. In den Anlagevorschriften wird u.a. festgehalten, dass die sozialen und ökologischen Aspekte angemessen berücksichtigt werden. Als Negativkriterien werden aktive Investitionen in Atomkraftwerke, Spielcasinos und Rüstungskonzerne aufgeführt. Somit dürfen in diesen Bereichen aktiv keine Anlagen in Einzelanlagen getätigt werden.

Wir führen keine sogenannten ESG-Ausschlusskriterien (Environment, Social, Governance). Die Anlagen werden mittels eines Core-Satellite-Ansatzes bewirtschaftet. Die Investitionen richten sich im Wesentlichen an der Marktkapitalisierung aus. Die Nachhaltigkeit nehmen wir vielmehr mit der Stimmrechtsausübung und dem Dialog mit Unternehmen wahr. In diesem Zusammenhang arbeiten wir eng mit den Beratungsfirmen Ethos, Schweizerische Stiftung für nachhaltige Entwicklung, sowie ISS Governance, Global Leader in Corporate Governance, zusammen.»

Susanne Jeger, Vorsitzende der Geschäftsleitung, am 12. Februar 2016

BVK Personalvorsorge Kanton Zürich

«Rüstungsbetriebe im Aktien-Portfolio: Die BVK steht in keiner direkten Beziehung zu Unternehmen der Rüstungsindustrie, noch gewährt sie solchen Firmen finanzielle Vorteile. Die BVK investiert im Bereich von Aktien grundsätzlich sehr indexnah. Sie orientiert sich aus Effizienz- und Kostengründen stark an der Zusammensetzung der

bekanntem Referenzindex. Als indexnahe Investorin hält die BVK Aktien aller grosskapitalisierten Gesellschaften (Large Caps), welche Bestandteil des weltweiten Aktienindexes MSCI World sind. Der Vorteil dieser Investitionsstrategie liegt in der kostengünstigen Erzielung einer Marktrendite bei gleichzeitig hoher Diversifikation und geringerem Anlagerisiko. Bei Zielkonflikten kann die BVK auf konkrete Kriterien bezüglich Nachhaltigkeit und ESG zurückgreifen.

Kriterien bezüglich Nachhaltigkeit und ESG: Der paritätisch zusammengesetzte Stiftungsrat der BVK hat im Anlagereglement die Grundsätze definiert, nach denen die Bewirtschaftung des Anlagevermögens erfolgt. Darin wird auch die Nachhaltigkeit der Anlagetätigkeit beschrieben: «Die BVK ist sich als Anlegerin der ethischen, ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und berücksichtigt dies bei ihrem Investitionsverhalten (Art. 6 Abs. 2 lit. g Anlagereglement BVK).»

Dieser Anlagegrundsatz fliesst in die Vermögensbewirtschaftung ein und hat in verschiedenen Anlagekategorien konkrete Wirkung entfaltet. So übt die BVK als Vorreiterin beispielsweise als institutionelle Anlegerin ihre Stimmrechte bereits seit 2009 aktiv aus und nimmt nach dem «Engagement Ansatz» direkt Einfluss

auf Unternehmen, um das Management in den Firmen zu mehr Nachhaltigkeit zu bewegen. Die BVK investiert aus Gründen der Risikodiversifikation in Rohstoffe und betrachtet dies als wichtigen Bestandteil der Anlagestrategie. Aus Gründen der Nachhaltigkeit verzichtet sie dabei aber bewusst auf Anlagen in Agrarrohstoffen wie z.B. in Mais oder Weizen.

Die BVK prüft zurzeit, wie sie soziale, ökologische und ethische Überlegungen noch stärker und systematischer in ihren Anlage-Entscheidungsprozess einbeziehen kann. Im November 2015 hat die BVK die Prinzipien der verantwortungsvollen Vermögensanlage der Vereinten Nationen unterzeichnet. Im Dezember 2015 hat sie zusammen mit sechs weiteren grossen institutionellen Anlagern den Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen SVVK gegründet. Der SVVK schafft für seine Mitglieder Transparenz bezüglich der Einhaltung von ESG-Kriterien durch die Unternehmen im Anlageuniversum. ESG-Themen können so als Teil des Risikomanagements in den Anlageprozess integriert werden. Mit diesen beiden wichtigen Schritten bekennt sich die BVK klar zur ökonomischen, ökologischen und sozialen Verantwortung bei ihren Anlagen.»

Philippe Kuhn, Teamleiter Kundendienst, am 30. Dezember 2016

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

In die Friedensarbeit investieren – Legate, Schenkungen oder Erbschaften für den SFR

Der SFR ist neben Mitgliederbeiträgen, Abonnements der **FRIEDENSZEITUNG** und einmaligen wie regelmässigen Spenden für seine kontinuierliche Friedensarbeit auf zusätzliche Mittel angewiesen. Nur mit Ihrer Unterstützung können wir weiterhin wichtige friedenspolitische Themen aufgreifen, unsere Informationsarbeit weiterführen oder unser Buchprojekt über das Friedens-Zentrum Gartenhof verwirklichen.

Mit Ihrem Testament bestimmen Sie aktiv, wie Ihr Vermögen verwendet wird, und Sie können unsere Anliegen

wirkungsvoll unterstützen. Legate und Erbschaften haben eine besondere Bedeutung für uns, denn sie ermöglichen ein längerfristiges Engagement für den Frieden. Sie sind besondere Vermächtnisse, die in unserer Organisation vertraulich und respektvoll behandelt werden. Auch kleinere testamentarische Begünstigungen helfen uns, zukunftsicherer zu planen. Gerne stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung. Wenden Sie sich an Peter Weishaupt, Geschäftsleiter SFR, Telefon 044 242 93 21 oder info@friedensrat.ch

Die Zeichen stehen auf Konfrontation

Zur Bewältigung von kriegerischen Konflikten, der Folgen des Klimawandels oder der Probleme der Globalisierung braucht es dringender denn je weltweite Anstrengungen, denn kein Staat kann diese Herausforderungen im Alleingang angehen, geschweige denn lösen. Durch den Amtsantritt Donald Trumps werden unter dem Schlachtruf «Make America great again» multilaterale Regeln und Organisationen bedenklich infrage gestellt.

/ Peter Weishaupt /

Es sind zwar nicht nur die Vereinigten Staaten, die seit jeher ein gespaltenes Verhältnis zu internationalen Organisationen und Institutionen haben, die sie selbst ermöglichten und erheblich mitfinanzieren, wie etwa die UNO oder die Welthandelsorganisation. Russland und China beispielsweise blockieren öfters den Sicherheitsrat und verhinderten damit sehr effektiv eine Friedenslösung im syrischen Bürgerkrieg. Sie zeigen auch bei den weltweiten Friedenseinsätzen der UNO (siehe aktuelle Karte) nicht gerade überschäumendes Engagement, geschweige denn eines bei der Lösung von Umweltproblemen. Und es ist auch nicht völlig neu, dass unilaterale Tendenzen zeitweise in der amerikanischen Aussenpolitik vorherrschen.

Schwerer Schaden beim Klimaschutz

Die Ankündigungen und ersten Dekrete Trumps lassen aber auf verschiedenen Feldern der internationalen Politik Ungutes ahnen. So kündigte er im Wahlkampf an, das so wichtige Klimaschutzabkommen einfach canceln zu wollen. Dabei muss er es nicht einmal kündigen, er kann es auch einfach ignorieren. Denn rechtsverbindlich ist an dem Vertrag nur der prozedurale Rahmen, die nationalen Emissionsziele für klimaschädliche Gase sind rein freiwillig. Handfeste Verpflichtungen gibt es für die USA also gar nicht, insofern würde ihr Austritt rein rechtlich wenig ändern. Dennoch kann Trump dem internationalen Klimaschutz schweren Schaden zufügen.

Zum einen kann er (auch ohne Mitwirkung des Kongresses) Regulierungen wie den Clean Power Plan rückgängig

machen, die Obama zur Erfüllung der US-Emissionsziele erlassen hat. Wie es schon 2001 George W. Bush mit der Ignorierung des Kyoto-Protokolls tat. Zum anderen besteht die Gefahr, dass es andere Staaten mit der Erfüllung ihrer Klimaziele auch nicht mehr so genau nehmen, wenn die USA nicht mitziehen.

UNO-Finanzierung unter Druck

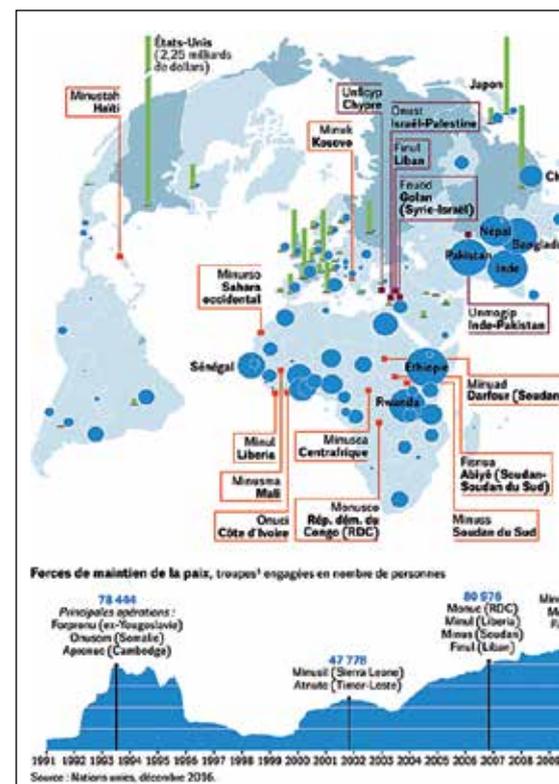
Internationale Freihandelsabkommen wie das geplante TTIP hat er bereits erledigt oder droht etwa beim NAFTA-Vertrag auf Kosten seines mexikanischen Nachbarn dessen Kündigung an. Desgleichen will er sich aus der Welthandelsorganisation zurückziehen und hat die UNO als nutzlos bezeichnet und ihr Budgetkürzungen angedroht. Wie man nach den ersten Wochen seiner Regierung weiss, ist das alles nicht nur Wahlkampfgetöse, sondern werden diese Ankündigungen nach Möglichkeit umgesetzt. Umso mehr, als seine republikanische Partei in Repräsentantenhaus und Senat schalten und walten kann, fast wie sie will. Im Kongress bereitet schon jetzt eine Gruppe von Senatoren drastische Kürzungen der amerikanischen UN-Beiträge vor – als Reaktion auf die umstrittene Israel-Resolution des UN-Sicherheitsrats vom Dezember 2016, aber offenbar gewillt, die Konfrontation auch auf andere Themen auszudehnen und mit der ungeliebten Organisation am Hudson River einmal grundsätzlich aufzuräumen.

Atomare und militärische Aufrüstung

«Es wäre wunderbar, es wäre ein Traum, wenn kein Staat Atomwaffen hätte, aber solange Staaten Atomwaffen haben, werden wir im Rudel ganz oben stehen.» Donald Trump hat am 23. Februar in einem Reuters-Interview unmissverständlich seine Ambitionen in der Atomwaffenfrage verkündet. Das mit der Regierung in Moskau 2010 geschlossene strategische Abrüstungsabkommen New Start, das die USA und Russland verpflichtet, ab Februar 2018 ihre Atomarsenale gleich gross zu halten, sei für die USA «ein weiteres schlechtes Geschäft» gewesen. Unklar ist, ob er das Abkommen künden wird. Auf alle Fälle läuft die schon von Trumps Vorgängern

eingeleitete, auf dreissig Jahre angelegte Modernisierung der Atomwaffenbestände im Umfang von 1 Billion Dollar weiter. Jedenfalls steht die im März beginnende erste Verhandlungsrunde der UNO in New York über ein Abkommen zum vollständigen Verbot von Atomwaffen unter ganz schlechten Zeichen.

Einen Tag später lobte der Präsident vor seinen republikanischen Anhängern auch das US-Militär über den grünen Klee und will ihm jegliche Mittel zur Verfügung stellen. Das sei auch eher möglich, weil die Verpflichtungen der USA im Rahmen der NATO abnähmen, da die Europäer jetzt mehr eigene Mittel zu ihrer Verteidigung einsetzen müssten. Obwohl schon früher beschlossen, sollen die europäischen NATO-Partner jetzt vorwärtskommen mit dem bis 2024 angestrebten Ziel, mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts BIP für die militärische Verteidigung auszugeben. Während die USA dafür 3,6 Prozent aufwenden, erreichen die Zwei-Prozent-Marke nur Griechenland, Grossbritannien, Estland und Polen, während die BRD nur bei 1,2 Prozent liegt. Trump sei dank soll Europa also beschleunigt aufrüsten.



UNO-Peacekeeping: Zwischen Routine und Repolitisierung

Nur selten stehen in den USA Friedensmissionen der Vereinten Nationen im öffentlichen Rampenlicht. Sie sind aber das wichtigste friedenspolitische Instrument der Vereinten Nationen – und stehen immer wieder im Zentrum des politischen Streits innerhalb der Organisation. Gerade die Vereinigten Staaten waren immer wieder ambivalent in ihrer tatsächlichen Unterstützung für Friedensmissionen. Dies betraf weniger deren Mandatierung, die sie zumeist unterstützten, als vielmehr den Anteil direkter personeller und manchmal auch finanzieller Unterstützung über die Kernaufgaben einer Mission hinaus. Es steht nun allerdings zu erwarten, dass das zuletzt gestiegene Engagement wieder zurückgefahren wird und die berechenbare Unterstützung zu Zeiten der Obama-Regierung einer Repolitisierung des Verhältnisses zwischen den USA und der UNO weicht. Friedensmissionen könnten so zum Kollateralschaden eines Streits über die Finanzierung und den Stellenwert von Multilateralismus werden.

Finanzierungsanteil infrage gestellt

An der Finanzierung der Kernaufgaben einer mandatierten Friedensmission sind die USA automatisch mit etwa einem Viertel beteiligt – aktuell mit 28,6 Prozent. Aus dem konservativen Lager ist zu hören, dass man den Finanzierungsanteil wieder eher auf 25 Prozent reduzieren möchte, gerne auch darunter. Über diese Pflichtbeiträge hinaus sollte man das Engagement der USA aber auch anhand ihrer Unterstützung in den Mandatsverhandlungen des Sicherheitsrats, anhand der Entsendung von amerikanischen Soldaten und Polizisten in solche Missionen sowie anhand der Bereitstellung freiwilliger

zusätzlicher Finanzmittel bewerten. Nicht erst seit dem als «Schmach» empfundenen Rückzug amerikanischer UN-Soldaten aus Somalia sind die USA sehr zurückhaltend, uniformiertes Personal unter UN-Mandat zu stellen – es sei denn im Rahmen von multinationalen Eingreiftruppen, über die sie selbst (notfalls über NATO-Strukturen) die Befehlsgewalt behalten. Die Zusage von zusätzlichen Finanzmitteln variiert stark mit der geostrategischen und humanitären Interessenlage des Konflikts.

Das Pendel schlägt zurück

Es ist anzunehmen, dass sich an diesen Mustern unter Präsident Trump nicht allzu viel ändern wird und das Pendel nur im Rahmen der üblichen Bewegungen wieder in Richtung einer grösseren Distanzierung zu UN-Friedensmissionen im Speziellen und zur UN-Finanzierung im Allgemeinen ausschlagen wird. Wie stark die Pendelbewegung ausfällt, ist noch schwer abzuschätzen. Vorstellbar ist aber, dass Trump die Durchführung von Missionen zur Herstellung von Frieden, Sicherheit und Stabilität künftig eher anderen überlässt und dafür nur einen finanziellen Kernbeitrag leistet – für den selbst ernannten «Dealmaker» mag fallabhängig Peacekeeping die beste Kosten-Nutzen-Abwägung für internationales Konfliktmanagement sein.

Problematisch könnte eher werden, dass die Trump-Regierung im UN-Sicherheitsrat nicht mehr in demselben Masse wie bisher ein Gegengewicht zu den politischen Spielchen russischer Diplomatie bilden dürfte, sondern auch hier bilaterale Deals an Bedeutung gewinnen. Bezweifelt werden darf zudem, dass sich die USA um dringende Reformen im Bereich Peacekeeping bemühen werden: Das Versagen der UNO in Haiti und im Südsudan müsste eigentlich grössere strukturelle Konsequenzen nach sich ziehen. Ohne Unterstützung aus Washington sind Reformen aber kaum umsetzbar.

Julian Junk in «America first: Die Aussen- und Sicherheitspolitik der USA unter Präsident Trump», HSFK-Report Nr. 1/2017

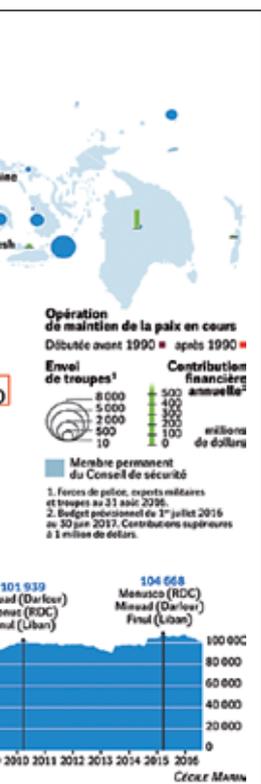
Dakota Access Pipeline: Trump lässt weiterbauen, Credit Suisse finanziert

Es war eines der ersten Dekrete, die Donald Trump nach seinem Amtsantritt erliess. Anfang Februar hob er eine Verfügung seines Vorgängers Barack Obama auf, der nach monatelangem heftigem Widerstand indigener Stämme Anfang Dezember letzten Jahres einen vorläufigen Baustopp an der Dakota Access Pipeline verordnet hatte, um eine auf zwei Jahre angesetzte Studie zur Untersuchung der Region und des Bauprojekts durchführen zu lassen. Mit einer Länge von 1879 Kilometern soll die umstrittene Pipeline durch vier Bundesstaaten von North Dakota nach Illinois und durch den Fluss Missouri täglich bis zu einer halben Million Tonnen Erdöl transportieren.

Die UreinwohnerInnen Dakotas befürchten, dass das Projekt des Unternehmens Energy Transfer Partners ihre heiligen Kult- und Begräbnisstätten beeinträchtigt und negative Auswirkungen auf das Trinkwasser für Tausende Stammesmitglieder im Standing-Rock-Reservat und für Millionen Menschen flussabwärts haben könnte. Indigene DemonstrantInnen waren im letzten Herbst von Wachleuten einer privaten Sicherheitsfirma bekämpft worden, der Gouverneur Nord-Dakotas hatte gar die Nationalgarde in Alarmbereitschaft versetzen müssen.

An der Pipeline ist auch die Schweiz beteiligt. Wie Greenpeace-Recherchen zeigten, steckt im Projekt sehr viel mehr Geld der Credit Suisse, als bisher bekannt: Die Schweizer Grossbank hat fast 1,4 Milliarden US-Dollar in die Ölleitung und die daran beteiligten Firmen investiert. Greenpeace Schweiz fordert, dass die Bank sich aus der Finanzierung vollständig zurückzieht. Besonders stossend ist für Greenpeace, dass die eigenen Geschäftsrichtlinien der Grossbank solche Beteiligungen eigentlich klar ausschliessen.

«Offensichtlich sind die Richtlinien der Credit Suisse nicht mehr als ein Deckmäntelchen, mit dem die Grossbank der Öffentlichkeit nachhaltiges Wirtschaften vorgaukelt.» Schlimmer noch: Die Credit Suisse hat Greenpeace und der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in privaten Gesprächen zugesichert, ihre Beteiligung an der Pipeline sei «unbedeutend» und sie verurteile die Situation in Standing Rock. «Unsere Recherchen haben die Aussagen der Credit Suisse als blosse Lippenbekenntnisse entlarvt», schreibt Greenpeace.



Kleinwaffen aus dem 3D-Drucker

Kann in Zukunft jeder Mensch mittels eines 3D-Druckers ohne grossen Aufwand eigene Waffen herstellen? Der folgende Beitrag befasst sich zuerst mit den Grundlagen des sogenannten additiven Fertigen und beleuchtet in einem zweiten Teil die sicherheitspolitischen Risiken der 3D-Technologie. Es handelt sich dabei um die Zusammenfassung eines Reports der Frankfurter Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung HSKF sowie um Auszüge aus dem Kapitel zu den Risiken einer Waffenproduktion.

/ Marco Fey, HSKF /

Eine neue industrielle Revolution ist in vollem Gange. Im Zentrum steht dabei die Technologie des 3D-Druckens – oder genauer – des **additiven Fertigen**. Additive Fertigung (AF) steht für eine ganze Reihe neuer Produktionsverfahren. Im Gegensatz zu traditionellen Fertigungsverfahren entsteht das Objekt nicht durch Umformen oder Trennen eines Werkstoffs. Stattdessen wird es aus speziellen Pulvern, Drähten, Harzen, Pasten oder Flüssigkeiten von Grund auf geformt. Das additive Fertigungsgerät folgt einem digitalen Konstruktionsplan und trägt den Werkstoff Schicht für Schicht punktgenau auf, bis das gewünschte Objekt entstanden ist.

Die Vorteile des 3D-Druckens

Gegenüber traditionellen Fertigungsverfahren bieten additive Verfahren enorme Vorteile. Einen ersten Vorteil bringt der Slogan «anything, anywhere» auf den Punkt: Wer über ein entsprechendes Gerät und die nötigen Werkstoffe verfügt, kann fast jedes beliebige Produkt vor Ort selbst herstellen. Im industriellen Massstab angewendet, verheisst additive Fertigung eine dramatische Verkürzung von Fertigungs- und Logistikketten. Zweitens lassen sich Rohstoffe wesentlich nachhaltiger verarbeiten und die Produktion ist energieeffizienter.

Ein dritter Vorteil ist, dass mit additiver Fertigung Objekte nahezu beliebig komplexer Geometrien in einem Arbeitsgang gefertigt werden können, die mit traditionellen Verfahren – wenn

überhaupt – nur sehr aufwendig herzustellen wären. Additive Fertigung zeichnet sich, viertens, durch ein höheres Mass an Flexibilität aus, da mit ein und demselben Gerät völlig verschiedene Dinge hergestellt werden können. Fünftens lässt sich durch additive Fertigung die Produktentwicklungsdauer rapide verkürzen. Schliesslich können, sechstens, mit der Technologie auch grosse Strukturen, z.B. Häuser, schnell und günstig errichtet werden. Additives Fertigen hat, zusammengefasst, ein enormes Potenzial, Positives zu bewirken – von Klimaschutz über Ressourcenschonung bis hin zu medizinischen Anwendungen.

Quantensprung in den letzten Jahren

Mit 3D-Druckern wird seit den frühen 1980er-Jahren experimentiert. In den letzten drei Jahren hat die Technologie Quantensprünge gemacht. Branchen wie Luft- und Raumfahrt, Automobil- und Rüstungsindustrie, Maschinen- und Anlagenbau, Pharma- und Gesundheitsindustrie, Textil-, Schmuck-, Möbel- und Nahrungsmittelindustrie setzen in der Produktentwicklung und der Produktion längst auf additive Fertigungsverfahren. Typische Einsatzgebiete sind die Fertigung von Prototypen sowie komplexen Produkten in kleinen Stückzahlen. Zunehmend wird die Technologie auch für die industrielle Fertigung von Endprodukten eingesetzt. Hierfür spielen insbesondere metallverarbeitende AF-Geräte eine Rolle.

In diesem Segment sind deutsche Unternehmen weltweit führend. Auch in Forschung und Entwicklung gehören deutsche Institutionen zum Spitzenbereich. Dennoch hat der OECD-Raum kein Technologiemonopol. Auch China, Indien und Taiwan beheimaten wichtige Technologieanbieter. Einige Staaten, vor allem die USA und China, haben die Bedeutung von additiver Fertigung für die Entwicklung der eigenen Industrie

1 «Dual-Use» bezeichnet Gegenstände und Technologien, die primär zivilen, aber auch militärischen Zwecken dienen können. Beispielsweise können Ultra-Zentrifugen sowohl in der Medizin als auch für die Anreicherung von spaltbarem Material für die Verwendung in Atomwaffen verwendet werden.

erkannt und massive staatliche Förderprogramme aufgelegt. Insbesondere in den USA kommt ein zweites Motiv hinzu: die militärische Nutzung additiver Fertigungsverfahren.

Inbegriff von Dual-Use-Gütern

Additives Fertigen ist aufgrund der oben beschriebenen Eigenschaften, insbesondere der hohen Flexibilität, gewissermassen der Inbegriff von Dual-Use¹. Ein und dasselbe Gerät kann aus Metallpulver sowohl Werkzeuge als auch Bauteile für Flugzeugmotoren, Waffen(teile) oder sogar Komponenten, die für ein Atomwaffenprogramm benötigt werden, herstellen. Die Technologie kann die schnellere Entwicklung von Waffen, gänzlich neue Waffendesigns, die günstigere Produktion und die leichtere Weitergabe ermöglichen. Dies kann alle denkbaren Waffenkategorien betreffen: Kleinwaffen, konventionelle Waffensysteme und sogar Massenvernichtungswaffen.

Schon heute ist es möglich, Handfeuerwaffen, Drohnen und Lenkraketen vollständig oder nahezu vollständig zu «drucken». Zwar ist es – zumindest auf absehbare Zeit – nicht möglich, eine komplette Bio-, Chemie- oder Nuklearwaffe additiv zu fertigen, sehr wohl aber könnte es Akteuren, die nach solchen

Cody Wilson und seine erste 3D-gedruckte



Waffen streben, durch additive Fertigung leichter fallen, benötigte Komponenten herzustellen und diese Aktivitäten geheim zu halten.

Vor neuen Rüstungswettläufen?

Dies ist aus der Sicht unterschiedlicher Akteure eine problematische Entwicklung. Sicherheitsbehörden stehen vor neuen Herausforderungen, da Waffen ohne Registrierung in den Umlauf gelangen können und ausserdem gängige Sicherheitsvorkehrungen wie Metalldetektoren bei gedruckten, nicht metallischen Handfeuerwaffen nicht anschlagen könnten. Westliche Streitkräfte sorgen sich um ihren technologischen Vorsprung bei konventionellen Waffensystemen, da (potenziell) feindliche Staaten mittels additiver Fertigungsverfahren die Waffensysteme selbst entwickeln oder gar kopieren können. Aus dieser Dynamik können schnell neue Rüstungswettläufe entstehen.

Additive Fertigung könnte es auch nichtstaatlichen Akteuren ermöglichen, Waffen(systeme) herzustellen, an die sie zuvor gar nicht oder nur mittels staatlicher Unterstützung gelangen konnten. Allgemein gilt, dass Akteure, die bisher keinen oder nur sehr schwer Zugang zu bestimmten Waffen oder anderen Rüstungsgütern hatten, schneller, günstiger und mit geringerem Risiko, entdeckt zu werden, an solche gelangen können.

Schon jetzt grosse Auswirkungen

Was staatliche Potenziale angeht, wirkt sich additive Fertigung heute schon auf

gedruckte Handfeuerwaffe «The Liberator».



die qualitative Fortentwicklung und den quantitativen Aufwuchs von konventionellen Waffensystemen aus: Die Technologie beschleunigt die Entwicklung neuer Systeme, spart Ressourcen bei der Fertigung und ermöglicht Waffensysteme, deren Herstellung ohne additive Fertigung nicht möglich wäre. Wird sich additive Fertigung auch auf die Weiterverbreitung auswirken?

Aller Voraussicht nach ja, denn die Digitalisierung der Produktion vereinfacht den gewollten Technologietransfer und macht Technologieführer anfälliger für Cyberdiebstahl und -spionage. Die Technologie könnte zudem zu einer

schnelleren Verbreitung von Massenvernichtungswaffen führen, indem sie staatliche Akteure in die Lage versetzen, Bio-, Chemie- und Kernwaffenprogramme zu beschleunigen. Durch additive Fertigung könnten solche Programme ausserdem einfacher geheim gehalten werden. Langfristig ist sogar das Drucken von Massenvernichtungswaffen, zumindest biologischer und chemischer Kampfstoffe, denkbar. Weil nichtstaatliche Akteure durch additive Fertigung nicht länger auf staatliche Unterstützung angewiesen wären, könnte die Technologie auch ihnen die Produktion unkonventioneller Waffen ermöglichen.

Das 3D-Drucken als sicherheitspolitisches Risiko

Die breitere Öffentlichkeit wurde am 3. Mai 2013 auf die sicherheitspolitischen Implikationen der neuen 3D-Drucktechnologie aufmerksam. An jenem Tag feuerte der Amerikaner Cody Wilson die erste 3D-gedruckte Handfeuerwaffe («The Liberator») ab. Insgesamt 15 der 16 Teile der Pistole bestanden aus Kunststoff. Seine sich im libertären Spektrum² verortende Organisation Defense Distributed hatte sie mit einem geleasten 3D-Drucker hergestellt.³ Anschliessend stellte die Organisation die digitalen Konstruktionspläne für jeden frei verfügbar ins Internet. Zwar untersagten die Behörden die Weiterverbreitung der Pläne, aber zu diesem Zeitpunkt waren sie nach Angaben von Defense Distributed bereits über 100'000-mal heruntergeladen worden.

Kinderleichtes Waffendruck?

Heute kursieren die Pläne auf allen möglichen Plattformen im Netz. Defense

² Die sogenannte libertäre Bewegung in den USA steht für eine Maximierung der Individualrechte der Bürger, die durch einen möglichst schlanken Staat erreicht werden soll. Eine Kernforderung ist das uneingeschränkte Recht auf Waffenbesitz.

³ Nur der Schlagbolzen wurde nicht gedruckt. Wilson verwendete dafür einen handelsüblichen Nagel aus Metall.

⁴ Das Abzugsgehäuse («receiver») gehört zu den wesentlichen Teilen einer Handfeuerwaffe. In den USA ist es nach aktueller Waffengesetzgebung als Waffe definiert. Das Abzugsgehäuse hat die Seriennummer auszuweisen. Bei einem Sturmgewehr wie dem AR-15 gibt es zwei Abzugsgehäuse, das obere und das untere. Da die Seriennummer im unteren Abzugsgehäuse ausgewiesen wird, gilt dieses im Sinne des Gesetzes als Waffe.

Distributed hat auch das untere Abzugsgehäuse⁴ eines AR-15-Sturmgewehres sowie Magazine für eine Reihe anderer Sturmgewehre (u.a. das AK-47) gedruckt, getestet und deren Konstruktionspläne zur Verfügung gestellt. Ausserdem vertrieb die Organisation mit dem «Ghost Gunner» einen günstigen 3D-Drucker, mit dem es kinderleicht sein soll, die Waffen(bauteile) zu Hause zu fertigen.

Die US-Firma Solid Concepts stellte Ende 2013 die erste additiv gefertigte metallische halbautomatische Handfeuerwaffe, die Solid Concepts 1911 DMLS, vor. Laut Solid Concepts kann die Waffe über 4500 Schuss abfeuern, ohne dass Teile ausgetauscht werden müssen. Funktional soll die additiv gefertigte Kopie der M1911 dem Original in nichts nachstehen. Auch ausserhalb der USA gibt es Berichte über gedruckte Handfeuerwaffen: In Grossbritannien sorgte 2013 der Fund einer 3D-Waffenfabrik, in der eine Gang ihre Handfeuerwaffen herstellte, für Aufsehen. In Israel haben investigative Reporter eine zu Hause gedruckte Pistole mehrmals in die Knesset schmuggeln und bei einer Gelegenheit sogar auf Premierminister Netanyahu richten können.

Grosses Potenzial erwartet

Rüstungsindustrie und militärische Planer sehen besonders grosses Potenzial für den Einsatz von additiven Fertigungsverfahren. «Additive Manu-

Fortsetzung Seite 14



Fortsetzung von Seite 13

facturing is rapidly maturing as a mainstream production method. Every day the brightest minds from the Department of Defense are finding new and exciting ways to utilize what's currently available», hiess es vergangenes Jahr in einer Konferenzankündigung. Die Technologie ermöglicht die Fertigung besonders filigraner, aber doch stabiler Strukturen, was insbesondere im Luft- und Raumfahrtbereich neue militärische Anwendungen ermöglicht. Auch die Flexibilität, die die Technologie ermöglicht, macht sie für Militärs interessant. Die Vor-Ort-Fertigung von Ersatzteilen, Munition, kleineren Systemen usw. wird die Kriegführung über logistische Fragen hinaus von der taktischen bis zur strategischen Ebene verändern.

Ob Pentagon, Teilstreitkräfte oder die Forschungsagentur des Verteidigungsministeriums DARPA: Das US-Militär hat unzählige Projekte, oft in Kooperation mit Universitäten, in denen AF-Technologie entwickelt und eingesetzt wird. Nichtwestliche Streitkräfte nutzen die Technologie. Hier sind insbesondere China und, mit Abstrichen, Russland zu nennen.

US-Rüstungsgiganten bauen schon

Der US-Rüstungsgigant Raytheon meldete vergangenes Jahr, dass er 80 Prozent der Bauteile einer Lenkrakete, inklusive des Antriebs, durch additive Fertigungsverfahren hergestellt hat. Das Rüstungsunternehmen Lockheed Martin hat in einer kürzlich erfolgreich getesteten Interkontinentalrakete (Trident II D5) ein 3D-gedrucktes Teil verbaut. Die Herstellungsdauer militärischer Satelliten, so die Firma, könne innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre dank

der Entwicklungen bei metallischen AF-Verfahren um 40 Prozent reduziert werden. Die Unternehmen Aurora und Stratasys haben 80 Prozent der Bauteile einer düsengetriebenen Drohne additiv gefertigt. Forscher der Virginia University haben für das Pentagon eine Drohne entwickelt, die in weniger als 24 Stunden gedruckt werden kann und, mit einem Mobiltelefon bestückt, semi-autonom agiert. Die Stückkosten liegen bei etwa 2500 US-Dollar.

Besondere Beachtung fanden kürzlich vom Pentagon veröffentlichte Aufnahmen von einem bereits 2014 durchgeführten Test: Ein F-16-Kampfflugzeug stiess bei sehr hoher Geschwindigkeit 3D-gedruckte Mikro-Drohnen aus. Die semi-autonom fungierenden Mikro-Drohnen formierten sich zu einem Schwarm und hätten gegnerische Kampfflugzeuge täuschen oder Aufklärungsarbeit leisten können. Der britische Rüstungshersteller BAE geht davon aus, dass bis zum Jahr 2040 solche Drohnen sogar während einer Mission an Bord eines Kampfflugzeugs hergestellt und dann eingesetzt werden können. Auch Israel unterhält entsprechende Programme, und Berichten zufolge soll die Ukraine 3D-gedruckte Drohnen im Kampf gegen Separatisten einsetzen.

China und Russland

Auch für die Fertigung von Grosskampfsystemen wird additive Fertigung genutzt. Der Hersteller Raytheon hat verlauten lassen: «We just made a big investment on a unique machine to do some very, very big structures.» Im vorderen Rumpfteile eines F/A-18-Super Hornet-Kampfflugzeugs hat der Flugzeughersteller McDonnell Douglas/Boeing 150 durch Laser-Sintern hergestellte Teile verbaut. China hat bereits vor drei Jahren verkündet, dass Titanbauteile

des trägergestützten J-15-Mehrzweckkampfflugzeugs mit einem Pulverbettverfahren gefertigt wurden. Für die Herstellung von neuen Trägersystemen, die mit fünf- bis zehnfacher Schallgeschwindigkeit innerhalb der Atmosphäre fliegen und durchaus negative Auswirkungen auf die strategische Stabilität haben, könnten additive Fertigungsverfahren sogar essenziell sein.

Das Unternehmen Orbital ATK hat kürzlich etwa die «gedruckte» Brennkammer eines Hyperschall-Scramjet-Triebwerks erfolgreich einem Langzeittest unterzogen. Die russische Rüstungsindustrie nutzt AF-Technologie für die Prototypfertigung von Titanbauteilen für den neuesten T-14-Kampfpanzer. Schliesslich, so der Plan, solle additive Fertigung zum Standardfertigungsverfahren von Bauteilen für die geplanten 2300 Panzer werden. Auch Südkoreas Verteidigungsministerium will vermehrt auf additive Fertigungsverfahren setzen, um einerseits Kosten zu sparen, andererseits aber auch weniger abhängig zu werden von der Verfügbarkeit ausländischer Ersatzteile – insbesondere in Krisenzeiten. In Deutschland hat das Wehrwissenschaftliche Institut für Werk- und Betriebsstoffe der Bundeswehr mit dem Rüstungshersteller EADS in einer Studie untersucht, inwiefern die Technologie für die Fertigung von Grosskaliber-Rohrmaschinen, etwa der Glattohrkanone des Kampfpanzers Leopard 2, infrage kommt.

Tragbares Print-on-demand-Drucken

Verteidigungsministerien und Streitkräfte haben die Technologie jedoch nicht nur für die Fertigung von Kampfsystemen im Blick. Additive Fertigung soll auch höhere Flexibilität im Einsatz ermöglichen. Die US Navy testet das Herstellen von Drohnen und Ersatzteilen an Bord ihrer Kriegsschiffe mithilfe von dort installierten 3D-Druckern. Die britische Royal Navy und die chinesische Marine verfolgen ähnliche Pläne. Aus einer mitgeführten digitalen Bibliothek oder per Satelliten-Download können die Verbände dann auf die Konstruktionspläne für benötigte Ersatzteile oder anderweitig erforderliche Dinge zugreifen und diese an Bord drucken. Die US Army hatte 3D-Drucker bereits in Afghanistan im Einsatz. Als Bestandteil der mobilen Rapid Equipment Fielding REF-Labs dienen sie dem Zweck, in kurzer Zeit auf militärische und logistische Herausforderungen reagieren zu können.

Mit der Erfahrung konfrontiert, dass die Batterien von Minensuchgeräten den extremen Temperaturen nicht standhielten, wurde kurzerhand per CAD-Software ein Kunststoffschutz konstruiert und dann per 3D-Drucker im REF-Lab gefertigt. Auch die chinesische Volksbefreiungsarmee hat kürzlich den Einsatz eines mobilen 3D-Druckers in einer Wehrübung demonstriert. Die US Army entwickelt tragbare Print-on-demand-Systeme, die u.a. Einheiten hinter feindlichen Linien autonomer machen sollen. Das Pentagon experimentiert zudem mit dem Drucken von Nahrung sowie von Haut und Blutgefäßen, um Wunden in unmittelbarer Nähe des Schlachtfelds versorgen zu können.

Massenvernichtungswaffen: «3D printing the bomb»?

Mit ihrem so betitelten «Washington Quarterly»-Aufsatz vom Herbst 2015 war Matthew Kroenig und Tristan Volpe Aufmerksamkeit gewiss. Lässt sich mit additiven Fertigungsverfahren eine Atomwaffe drucken? Die kurze Antwort lautet: nein. Der wichtigste Bestandteil einer Atomwaffe, das spaltbare Material (hochangereichertes Uran bzw. Plutonium) kann ebenso wenig gedruckt werden wie elektronische Steuerungselemente für Urangaszentrifugen.⁵ Auch für Bestandteile eines Atomwaffenprogramms, die sich additiv fertigen lassen, bedarf es mehr als bloss eines Druckbefehls: Beim heutigen Stand der Technik ist sehr gut ausgebildetes Fachpersonal nötig, um anspruchsvollen Qualitätsstandards zu genügen.

Die etwas längere Antwort weist hingegen auf gravierende Herausforderungen für das globale Nichtverbreitungsregime hin. Sollte sich die Technologie weiterhin so rapide entwickeln, könnte deren Nutzung den (illegalen) Weg zur Bombe auf vier Weisen erleichtern:

5 Natururan muss angereichert werden, damit es als Spaltmaterial für Kernwaffen dienen kann. Anreicherung bedeutet, dass der Anteil des in Natururan nur sehr gering vorkommenden Isotops ²³⁵U erhöht wird. Das gängigste Verfahren der Anreicherung setzt Ultra-Zentrifugen ein, die bei sehr hohen Geschwindigkeiten die in Natururan vorkommenden Isotope ²³⁵U und ²³⁸U voneinander trennen. An das Material, aus dem Zentrifugen-Rotor und -Rohre gefertigt werden, werden aufgrund der enormen Geschwindigkeiten hohe Anforderungen gestellt.

6 Dies könnte z.B. Komponenten von Urangaszentrifugen wie Rotorrohre, Wirbelrohre, Leitbleche, Ringe, Sickenbänder, alle aus besonders festen Materialien, sowie spezielle Lager, Zylinder mit inneren Bohrungen, Gehäuse usw. betreffen.

Erstens würde additive Fertigung, wie oben beschrieben, eine wesentlich schnellere und günstigere Prototypenentwicklung (Rapid Prototyping) für benötigte Bauteile ermöglichen.

Zweitens könnten bestimmte nicht-nukleare Komponenten eines Kernwaffenprogramms, die aufgrund von Exportkontrollen nicht auf dem freien Markt zu erstehen sind, additiv gefertigt werden. Entwicklungen im zivilen Bereich weisen darauf hin, dass sich schon heute Bauteile additiv fertigen lassen, die den hohen Anforderungen des Nuklearenergiesektors genügen. Die China National Nuclear Corporation etwa druckt die unteren Abschlüsse von Brennelementen, sogenannte Brennelement-Füße, und plant, auch zentrale Bestandteile von Reaktoren, u.a. Reaktordruckbehälter und Dampfleitrohre, additiv zu fertigen.

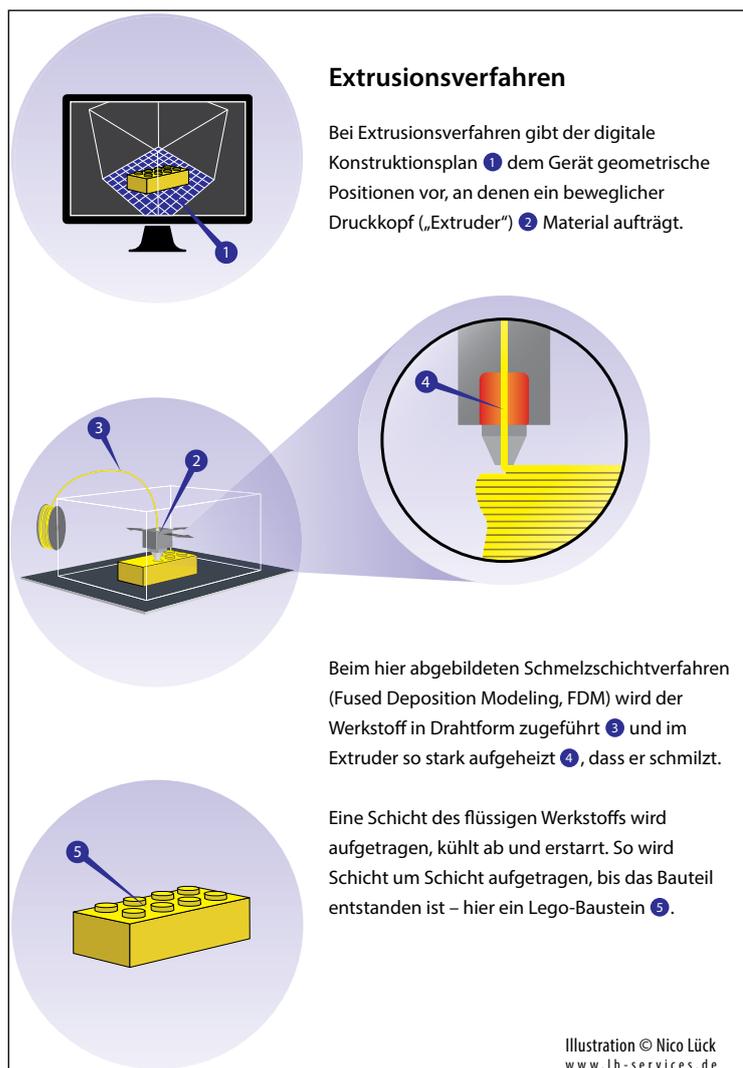
Dies sind zwar keine Komponenten, die ähnlich kritisch wie metallische Bauteile sind, die für den Aufbau von Anreicherungsanlagen benötigt werden.

Experten gehen jedoch davon aus, dass auch solche additiv gefertigt werden können. Auf Urangaszentrifugen wirken enorme Kräfte, weshalb sie aus hochfestem und zähem Stahl (insbesondere martensitauhärtendem Stahl, MS) gefertigt werden. Heutige High-End-Geräte können, unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse über Verfahrensparameter, Metallpulver so verarbeiten, dass die gedruckten Metallteile im Vergleich zu herkömmlich gefertigten Teilen nahezu identische mechanische und metallurgische Eigenschaften aufweisen.

Klandestines Atomwaffenprogramm

Drittens könnte die Nutzung der Technologie das Entdeckungsrisiko eines klandestinen Kernwaffenprogramms verkleinern. Ein solches erfordert einen sehr aufwendig orchestrierten Akquisitionsprozess, um von Exportkontrolllisten erfasste Güter, beispielsweise

Fortsetzung Seite 16



Bauteile für Zentrifugen, beschaffen zu können. Meist läuft dies über Mittelspersonen ab. Gelingt es diesen, die benötigten Güter bei (in der Regel westlichen) Firmen zu erwerben, wartet die nächste Hürde: der Export. Dieser muss entweder verdeckt erfolgen oder so deklariert werden, dass Ausfuhrämter und Zoll des exportierenden Staats den Export nicht untersagen. Häufig tritt zu diesem Zweck als Käuferin eine (Schein-)Firma aus einem als unproblematisch erachteten Drittstaat auf, die die Güter dann über Transporthubs weiterleitet, bis die Güter schliesslich beim tatsächlichen «Kunden» eintreffen.

Der gesamte Prozess ist hochriskant und kann an vielen Stellen Alarmglocken schrillen lassen: Geheimdienste könnten auf die Kommunikation stossen; die Verkäufer, sofern sie nicht mit im Boot sitzen, könnten Verdacht schöpfen und die Behörden alarmieren; Zollbehörden könnten falsch deklarierte Fracht oder gefälschte Frachtpapiere entdecken; Banken könnten auf verdächtige Zahlungsströme aufmerksam werden. Für die Behörden wird es ungleich schwerer, wenn der skizzierte Akquisitionsprozess für eine Teilmenge der für ein Atomwaffenprogramm benötigten Güter entfällt, die stattdessen

mit additiven Fertigungsverfahren an Ort und Stelle hergestellt werden.

Prototypenherstellung

Wenn die Fertigung von Bestandteilen für eine Atomwaffe oder für die Anreicherung von spaltbarem Material additiv vonstatten geht, lassen sich solche Aktivitäten leichter als unverdächtige Industrieaktivität tarnen, da einige raum- und energieintensive Prozessschritte eines Atomwaffenprogramms entfallen. Einer Fabrik, in der 3D-Drucker installiert sind, sieht man im Vergleich zu einer Fabrik, in der Giessformen oder spezielle Werkzeuge eingesetzt werden, weniger leicht an, was dort tatsächlich gefertigt wird.

Insgesamt sind zudem deutlich weniger Personen involviert, die das geheime Programm – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – auffliegen lassen könnten. Insbesondere die Prototypenherstellung dürfte von der Verwendung der Technologie profitieren und weniger Expertise, beispielsweise im Walzen, Ziehen oder Schmieden, erfordern. Diese Expertise musste bisweilen häufig an westlichen Universitäten erlangt oder auf dem Schwarzmarkt bzw. über dubiose Netzwerke eingekauft werden. Ferner könnten proliferationswillige Firmen (oder Staaten) geneigter sein, Atomwaffentechnologie oder -material zu exportieren, da aufgrund der zuvor genannten

Faktoren das Risiko sinkt, dass illegale Nukleargeschäfte entdeckt würden.

Proliferation

Schliesslich könnte sich die Verbreitung additiver Fertigungsverfahren mittelbar als proliferationsbegünstigend erweisen, da sie Staaten autonomer macht.⁷ In dem Masse, in dem Staaten weniger abhängig von Importen werden, reduziert sich die Wirksamkeit internationaler Sanktionen. Damit wäre ein zentrales Nichtverbreitungsinstrument unterminiert: «The US has sanctioned everything from fighter jet spare parts to oil equipment. 3D printing could turn sanctions – which have been a crucial part of foreign policy for a generation or more – into an antiquated notion.» (Peter W. Singer)

Hinsichtlich Bio- und Chemiewaffen dürfte die Proliferationsgefahr durch additive Fertigung sogar noch gravierender sein als bei Atomwaffen. Mittelfristig könnten auch nichtstaatliche Akteure durch erschwingliche Technologie biologische und chemische Kampfstoffe ausserhalb von Laboren selbst drucken. Angesichts der Tatsache, dass heute schon mit dem Drucken organischer und chemischer Materialien experimentiert wird, gehen Tirone und Gilley davon aus, dass simple chemische Kampf- und Sprengstoffe auf Kohlenstoff-, Stickstoff-, Sauerstoff- und Wasserstoffbasis in fünf bis zehn Jahren gedruckt werden können. In 20 Jahren, so die Prognose, dürfte die Technologie so weit sein, dass Moleküle in additiven Fertigungsverfahren synthetisiert werden.

HSFK-Report Nr. 9/2016: Waffen aus dem 3D-Drucker: Additives Fertigen als sicherheitspolitisches Risiko? Von Marco Fey, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, D-Frankfurt am Main, www.hsfk.de

⁷ Proliferation bezeichnet die absichtliche oder unkontrollierte Weiterentwicklung oder -verbreitung von Waffen, Technologie und Wissen. Vertikale Proliferation meint den qualitativen oder quantitativen Zuwachs bereits vorhandener Kapazitäten, also beispielsweise die Aufstockung oder Modernisierung eines Atomwaffenarsenals. Horizontale Proliferation bezieht sich auf die Verbreitung an Staaten oder nicht-staatliche Akteure, die die entsprechende Waffe, Technologie oder das Wissen zuvor nicht besessen haben.

Freiwilligeneinsätze weltweit seit 1920



Olivenernte in Palästina, 2015

Unterstütze soziale, kulturelle & ökologische Projekte für den Frieden!

www.volunteer.ch



SCI Schweiz
Volunteering for Peace

Deeqa, die junge Frau aus Merka, wird Ärztin

Entwicklungshilfe hat Einfluss auf Menschen vor Ort. Deeqa Dhiblawe erzählt, wie es möglich war, zu studieren und Ärztin in Somalia werden.

/ Deeqa Dhiblawe /

Ich wurde 1989 in Mogadiscio geboren. Ich habe vier ältere Brüder, eine ältere Schwester und zwei jüngere Brüder. Nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges 1991, flüchteten wir nach Merka. Dort besuchte ich ab 1997 die Primarschule des Vereins «Neue Wege in Somalia», der nach dem Tod von Vre Karrer gegründet wurde und in Merka eine Primar- und eine Sekundarschule führt. Zu jener Zeit arbeitete mein Vater als Fleischverkäufer auf dem Markt in Merka, und einer meiner Brüder hatte eine Stelle als Sicherheitsmann in der Sekundarschule der Neuen Wege.

Meine beiden jüngeren Brüder besuchten ebenfalls die Schule der Neuen Wege. Meine Schwester ging nie zur Schule, da sie meiner Mutter im Haushalt helfen musste. Sie heiratete sehr früh und gebar sechs Kinder. Heute ist sie geschieden und lebt mit uns in Mogadiscio. 2005 schloss ich die Primarschule ab und besuchte dann die Sekundarschule der Neuen Wege. Bereits damals dachte ich daran, Ärztin zu werden.

Sorgen über das Schulgeld

Mein Vater ist 2006 gestorben, was für mich das schlimmste Ereignis in meinem Leben war. Einerseits hat er mich in meinem Wunsch, Ärztin zu werden, unterstützt und mir stets Mut zugesprochen, andererseits konnte ich in die Schule gehen, weil er die Gebühren bezahlte und für meinen Unterhalt aufkam. Ich begann mir Sorgen über die Weiterführung meiner Ausbildung zu machen. Denn nun war mein Bruder Alleinverdiener und sein Lohn hätte nie gereicht, um mein Studium zu bezahlen.

Bevor ich meine Sekundarschulzeit 2009 in Merka abgeschlossen hatte, erfuhr ich vom Förderverein Neue Wege in Zürich, dass der Gemeinnützige Verein Gisela Naegeli in Zürich bereit sei, ein Universitätsstudium einer jungen Somalierin, die die Schule der Neuen Wege besucht hatte, zu finanzieren. Ich



war überglücklich, dass mich die Organisation ausgewählt hatte; so konnte ich mit ihrer Hilfe mein Medizinstudium an der Banadir-Universität in Mogadiscio aufnehmen.

Hilfsbereite Lehrer

Es ist mir ein Anliegen zu sagen, dass ich sowohl in der Primarschule als auch in der Sekundarschule der Neuen Wege immer Lehrer hatte, die mich in meinem Wunsch zu studieren unterstützten. Ich denke an eine Primarlehrerin, mit der ich heute befreundet bin, und an den Englischlehrer in der Sekundarschule, der überzeugt war, dass ich einmal studieren würde. Mein Geografielehrer kam eines Tages zu uns nach Hause und sagte meiner Mutter, er sei sicher, dass ihre Tochter an die Universität gehen und ihr Ziel erreichen werde. In meiner Familie war es seit dem Tod meines Vaters meine Mutter, die mich stets ermutigte und mir sagte: «Deeqa, du bist sehr gut, kämpfe. Wir sind sehr stolz auf dich.»

Der Traum erreichen

Ende 2009 kehrte ich also allein nach Mogadiscio zurück und konnte bei Familienangehörigen in Mogadiscio wohnen. Im September 2010 begann ich an der Banadir-Universität allgemeine Medizin zu studieren. Allgemeine Medizin und Chirurgie waren mein Traum. Ich besuchte meine Familie 2012 in Merka und ebenfalls die Neue-Wege-Schule, die zu jener Zeit gut aufgestellt war.

Ende 2013 herrschten politische Wirren in Merka, sodass sich meine Familie entschloss, nach Mogadiscio zurückzukehren. Da wir in dieser Stadt kein Haus besaßen, haben uns einige Verwandte ein Haus zur Verfügung gestellt, wo wir jetzt alle leben.

Im Oktober 2016 habe ich promoviert und bin jetzt Ärztin. Jetzt sind alle meine Brüder und auch meine Schwester froh und stolz, dass ich Ärztin bin. Ich möchte eine ausgezeichnete Kinderärztin werden. Bevor ich in diesem Fach einen Abschluss machen kann, brauche ich praktische Erfahrung. Dank der Hilfe von Bashir Gobdon, Präsident von Swisso Kalmo Schweiz, kann ich in einem der Spitäler von Swisso Kalmo arbeiten.

Jetzt mache ich ein Praktikum in der Kinderabteilung des Banadir-Spitals. Wenn ich später in Afgoye oder Merka arbeite, gehe ich allein dorthin, weil meine Mutter alt ist. Ich bedanke mich beim Gemeinnützigen Verein Gisela Naegeli, der mir ermöglicht hat zu studieren, und ich bedanke mich bei Swisso Kalmo, dass ich in einem ihrer Spitäler arbeiten kann.

Übersetzung: Bashir Gobdon
und Jenny Heeb

Der Verein Swisso Kalmo

Swisso Kalmo ist eine internationale private Hilfsorganisation, die seit 1990 in Somalia primär in der Gesundheitsversorgung tätig ist. Swisso Kalmo wurde ursprünglich von einem somalisch-schweizerischen Ehepaar gegründet und arbeitet heute mit internationalen Organisationen wie dem Welternährungsprogramm WFP, der Weltgesundheitsorganisation WHO sowie UNICEF zusammen.

Der Name «Swisso» steht für «Schweiz» und «Somalia», wohingegen «Kalmo» Hilfe und Verbundenheit bedeutet. Mehr Informationen zum Verein Swisso Kalmo gibt es auf der Website

www.swisso-kalmo.ch

Fridolin Trüb, Maler und Friedensaktivist

Fridolin Trüb begleitete der religiöse Sozialismus fast ein Jahrhundert, er präsierte den SCI, baute die «Schweizerpende» mit auf, kämpfte gegen die Atombewaffnung, für den Zivildienst, gegen Waffenplätze, trug zeitlebens die Friedensbewegung mit, war Publizist, Zeichenlehrer, Kunstmaler, textete eine Alternative zum Militärdienstobligatorium. Und da ist auch noch die Geschichte vom «falschen Lachen».

/ Michael Walther /

«Mein Vater war schon früh auf ein paar Zeitschriften aus der Friedensarbeit abonniert. Ich erfuhr von ihm von den verschiedenen Aspekten der Friedensarbeit – was vielleicht Leute in anderen Familien nicht so erlebten.» Man muss sich den Salontisch im Wohnzimmer des evangelischen Pfarrers im st.-gallischen Flawil Ende der 1920er-Jahre vorstellen, als die Frontisten aufkamen. «Mein Vater hatte vielleicht vier oder fünf pazifistische Informationszeitschriften. Ich schaute da rein. In einen Haufen andere Zeitschriften nicht so, kirchliche, religiöse und allgemeinbildende. Die pazifistischen sehe ich noch und kann sie aufzählen.» Allen voran waren es die «Neuen Wege» – deren Redaktion und lokale Lesegruppe nun Fridolin Trüb vermissen. Die Situation am Wohnzimmertisch war es, die Fridolin Trüb für immer prägte; sie bildete die Wurzel für alles, was folgte: Trüb wurde religiöser Sozialist als Kind. Als Knabe wusste er von Leonhard Ragaz.

Basel im Krieg

Er besuchte die Kantonsschule St. Gallen: «Nach der Matura, bei Kriegsbeginn 1939, durfte ich den Berufswunsch Zeichenlehrer verwirklichen. Nach einem Zwischensemester an der Universität Genf folgten vier Jahre Ausbildung an der Allgemeinen Gewerbeschule Basel», schreibt er in seiner nur einseitigen, Schreibmaschinengetippten Vita, dokumentiert auf www.fridolintrueb.ch. «Zu meinen Lehrern gehörten teils bekannte Künstler.» Die überragende Lehrperson war der Kunsthistoriker Georg Schmidt. Es war das Basel des grossen Kulturangebots, das Trüb genoss – und später in

St. Gallen, das er dafür übersichtlicher fand, in dieser Breite vermisste; es war aber auch das Basel nächst der Grenze im Krieg: «Mit der Zeit wurden Verdunkelungsvorhänge gehandelt. Ich war vom Militärdienst zurückgestellt. In Basel musste jeder, der noch nicht eingeteilt war, in den Luftschutz. Wir mussten nachts die Gassen durchstreifen und feststellen, wo noch Licht brannte. Am anderen Tag erhielten die Betroffenen einen Verweis und eine Busse.»

Zivildiensteinsatz in Saarbrücken

Ab 1944 war Trüb Lehrer «mit kleinen Lehraufträgen und Vikariaten an verschiedenen Schulen». «1946/47 unterbrach ich die Schultätigkeit, um beim SCI ein Jahr Zivildienst zu leisten. In den Sommerferien davor nahm ich vier Wochen an einem Zivildienst in St. Stephan im Simmental teil. Ich lernte wertvolle Leute aus der Friedensarbeit kennen, was mich bewog, während eines ganzen Jahrs Zivildienst zu leisten. (...) Im Frühjahr 1946 begann wieder ein Dienst in St. Stephan. Unsere Unterkunft war ein Bauernhaus, in dessen Umgebung es überschwemmte Wiesen zu räumen galt. Mir wurde die Leitung übertragen. Und Lisbeth Mauch richtete die Küche ein, besorgte Haushalt und Arbeit auf dem Bauplatz. Jahre danach heirateten wir. Es war eine sogenannte Zivildienstehe.»

«Lisbeth wurde einer Handwerker-équipe in Metz zugeteilt und ich einem Team auf den holländischen Walcheren. Vom Herbst 1946 bis im Frühjahr 1947 war ich Teil einer Zivildienstequipe, die für die Schweizerpende, die Nachkriegshilfe, in Saarbrücken Schüler-speisungen und Sozialhilfe leistete. Wir lebten in Baracken in einer schwerst bombengeschädigten Stadt unter französischer Besatzung.»

Komplexe Nachkriegsaufgaben

Das Paar lebte getrennt. Lisbeth Mauch stellte ihren Mann wie Fridolin Trüb: «Für Lisbeth war's ein harter Einsatz in Metz. Es ging darum, ein Waisenhaus und ein Spital instand zu stellen. Die meisten Freiwilligen vor Ort waren in der Tat Handwerker, und die paar Frauen wurden einfach eingespannt. Lisbeth lernte schlicht und ergreifend malen

und gipsen.» Die den Südwestniederlanden vorgelagerten Walcheren – der Gemüsegarten des Landes – wurden 1944 von den Behörden und Alliierten geflutet, um die Deutschen zu vertreiben. Bei Trübs Aufenthalt lag die Insel schon trocken. «Das Land bestand aus toter, versalzener Erde.» Die Männer erstellten die Kanalisation. Die Frauen organisierten einen Kindergarten.

Im Winter 1946/47 unternahm Fridolin Trüb in dem im Krieg zu 80 Prozent zerstörten Saarbrücken eine komplexe Koordinations-, Kommunikations- und Diplomatenaufgabe: «Die französisch besetzte Stadt war aber bereits von den Amerikanern befreit worden. Der Hauptteil unseres Sozialprogramms bestand in der Kinderspeisung. Wir mussten für die Aufgaben mit den deutschen Behörden oder der französischen Besatzungsbehörde verhandeln. Wir besorgten die ganze Organisation, die Verhandlungen mit den Schulen, und waren auch zuständig für den Nachschub, der in grossen Transporten aus der Schweiz durchs ganze Rheinland mit Lastwagen hergeschafft wurde. Dafür musste man bei den Behörden Benzinscheine beschaffen. Die Kinder erhielten meist kein Frühstück und sollten in den Schulhäusern eine Mittagsverpflegung einnehmen. In unserem Betrieb wurde folglich vormittags gekocht und das Essen in die Schulen transportiert. In der Schneiderei verfertigten zudem Frauen Kleider.»

Schweizerpende – heute Deza

Fridolin Trüb war gefordert: «Die Koordination und Leitung eines relativ vielfältigen Sozialdiensts ging von mir aus. (...) Ich musste weitgehend täglich das Programm aufstellen, also auch den Einsatz der Freiwilligen koordinieren. Zwischendurch ergaben sich ungeplante Schwierigkeiten, etwa mit den Transporten. Wir mussten die Behörden einladen, um mal wieder gute Stimmung zu machen. Laufend musste ich Berichte schreiben. Die Post über Deutschland funktionierte nicht gut, die über Frankreich besser. So verschickten wir unsere Briefe in Faubourg, der französischen Grenzstadt. Wir unterhielten dort ein Postlager, und ich fuhr regelmässig mit dem Velo raus und holte unsere Post.»

Der Zeichenlehrer leitete in post-traumatischen Umständen ein KMU. Die sci-Einsätze waren für die neue Schweizergeschichte von grosser Bedeutung: «Es geschah im Rahmen der Schweizer spende, aber durch eine Zivildienstgruppe.» Die Schweizer spende unter der Ägide des sci ist nichts weniger als der Vorläufer der heutigen Helvetas und der schweizerischen Entwicklungshilfe – der Deza.

Fridolin und Lisbeth heirateten 1949 in Basel. Sie zogen 1950 nach St. Gallen, wo Fridolin am «Bürgli» eine Feststelle annahm. Ihre Kinder wurden 1951, 1953, 1954 und 1957 geboren. Ab 1962 wurde Fridolin hauptberuflich Zeichenlehrer an der Kantonsschule – bis zur Pensionierung 1985. Zivildienstesätze leistete er bis 1957 jeden Sommer. Ab 1949 präsierte er den sci Schweiz. Fridolin war über alles dokumentiert; bis wann sein Präsidium dauerte, muss man jedoch im sci-Archiv ausgraben. In seine Wirkungszeit fielen der Lawinenwinter 1951 und die niederländische Deltakatastrophe 1953, die er mit Sekretär Markus Jucker koordinierte. Das eine wurde von Bundesrat Etter gewürdigt, das andere von der holländischen Königin, wie Fridolin Trüb nicht ohne Stolz vermerkte.

Künstler, Kunstvermittler

Seine Tätigkeit als Zeichenlehrer und Künstler umschrieb er auf seine ihm eigene Weise: «Kunst sehe ich zunächst als das Dazwischenstehende – zwischen den grossen wissenschaftlichen Strängen Phil. I und Phil. II. Deshalb setzte ich mich immer dafür ein, dass der Kunstunterricht in der Schule entsprechend gelebt, gefördert und anerkannt wird.» Er engagierte sich in Lehrervereinigungen, organisierte Ausstellungen. Lehrer und Kunstvermittler war er aus Überzeugung, mit dem Herzen: «Ich sah mich am ehesten als Kunstvermittler. Man kann die Schüler nicht zu Künstlern machen. Aber die Freude am Gestalten und am Gestalteten in der Kunst, Natur, Kultur, Architektur, beim Wohnen, Bauen und so weiter lässt sich wecken.»

Ein klares Profil hatte Fridolin Trüb als Maler. Schon als Kantonsschüler skizzierte er bei fast jeder Wanderung: «Ich konnte nicht in einer Landschaft sein, ohne sie einzufangen. Das blieb mir.» Malerei hiess für ihn Pleinair, sonst nichts: «Ich musste erklären, dass Pleinair in der Kunstgeschichte die Vorgängerzeit der Impressionisten war. Sie waren die Ersten, die zum Malen ins Freie gingen.



Fridolin und Lisbeth Trüb 1973 «plein-air» im Puschlav.

Selbst Winterlandschaften entstanden davor im Atelier. Jetzt befinde ich mich auf dem Rückweg der Kunstgeschichte zurück zum Pleinairismus.» Trüb liebte Winterbilder. Man müsse nur malen, was aus dem Weiss hervorstechte.

Alternative zum Artikel 59 der Bundesverfassung

Fridolin Trübs politisches und publizistisches Engagement endete nie. In Friedensorganisationen und Komitees eher im Hintergrund, aber aktiv an Sitzungen, auf der Strasse, mit Zeitungszuschriften, setzte er sich gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz ein («Der Bundesrat musste den dummen Pazifisten recht geben, dass die Schweiz sich sonst in die Abhängigkeit der USA begeben hätte»), kannte in der Friedensbewegung jeden und jede mit einer aktiven Rolle und liess nicht locker bis zur Zivildienst-Verwirklichung 1992. Aus seiner Feder stammte eine ausgefeilte Alternative zum BV-Artikel 59: «Jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.» Er schrieb: «Jeder Schweizer leistet Dienst je nach Neigung und Eignung: 1. humanitär-sozialer Umwelt- und Katastrophendienst, 2. Auslandseinsatz, im besonderen Friedensdienst, 3. Militärdienst.»

1990 verfasste er ein «privates Friedensprogramm für eine neue, umfassende Friedenspolitik mit dreizehn Punkten»: «Ich würde einfach sagen, dass sich das Wort Friedensdienst bei

mir durch alles durchzieht, als eine möglichst konkrete Angelegenheit, und dass ich mich immer für die Konkretisierung des Friedensdienstes einsetzte», heisst es in einem der Interviews. Seine Publikationen – Ausschnitte der gedruckten Texte oder Schreibmaschinendurchschläge der Originale, die er an die Redaktionen versandte – sammelte er in zwei Bundesordnern.

Den Pazifismus vererbt

Fridolin Trüb wurde 1953 bis 1983 fi-chiert. Dass nur 20 Einträge zustandekamen, enttäuschte ihn fast – Einträge, die er überdies als harmlos qualifizierte. «T. ist als Pazifist bekannt», «gilt nicht als Extremist», hiess es da. «Das hinderte sie nicht, die Fiche weiterzuführen», bemängelte Trüb. «Der Sohn Hansueli erbte ebenfalls die pazifistische Einstellung», stand anderswo. Der Schnüffelstaat glaubte also an die Vererbung von Friedensliebe – fast schon eine gute Nachricht.

Dokumentiert ist die Sache mit dem «vergesslichen Oberst» Braschel, der erzählte, es gebe einen «subversiven Lehrer» in St. Gallen, was die BaZ druckte und wovon er danach nichts mehr wissen wollte. Das Verfahren am Bezirksgericht Biel endete auf Trübs Begehren einvernehmlich. «Ich hatte keine Lust, den Fall weiterzuziehen.» In St. Gallen gab es einen Wirbel. An der Kantons-

Fortsetzung Seite 22

schule jedoch stand man zu ihm. Dass die Fichierer am 11.11.1954 einen Beamten nach Lachen SZ schickten, der absolut nichts fand, während Trüb im evangelischen Kirchgemeindehaus Lachen SG über «Militärverweigerung und Zivildienst» referierte, freut Trüb vermutlich noch im Grab. Die St. Galler Quartierveranstaltung fand dennoch Eingang in die Fiche: «Die Veranstaltung hatte absolut unpolitischen Charakter.»

«40 Waffenplätze sind genug!»

Fridolin Trüb war in den späten 1970er-Jahren mein Zeichenlehrer und ich nicht der Schüler, der ihm am meisten Freude machte. Ich begegnete ihm wieder bei den Widerstandsaktionen gegen den geplanten Waffenplatz in Neuchâten-Anschwilen bei Gossau 1989/1990 – er war aktiver Teilnehmer und Künstler. Den Weiler Anschwilen hielt er vor dessen Schleifung auf dem Pleinairblock fest. Mit der Publikation generierte er Spenden. Bei allem Friedensbestreben – Trüb wirkte immer auch bestimmend: Die Interviews folgten oft seiner Struktur und seinen Gedankengängen. War ihm etwas unwichtig, ging er nicht darauf ein. Seine Person spielte er zwar herunter, nie aber die Sache.

Wer ihm begegnete, erhielt einen langen, sanften Händedruck. Er schaute den Menschen in die Augen, fragte nach, wie es gehe, auch nach der Familie, und mich jeweils nach seinem Ort der Kindheit, Flawil, wo ich lange wohnte. Er empfand es, dass er (nicht nur er) in St. Gallen lange nicht als Künstler wahrgenommen wurde, hatte grosse Freude an den Ausstellungen – deren wichtigste 1999 im «Waaghaus» war. An der Weilerweidstrasse 5 in St. Georgen, wo er lange lebte, waren vier Zimmer voll mit Papier. Nach dem Tod von Lisbeth trug er beide Eheringe am Finger.

Voraussetzung für ein langes Leben

Fridolin Trübs Lebenswandel bildete die Theorie, wie man – abgesehen von biologischen Faktoren sowie ausreichend Wohlstand und Bildung – ein hohes Alter erreicht: ruhige Haltung, kein Ärger (Lisbeth und er stritten eigentlich nie, ihre Ehe gestalteten sie im Übrigen arbeitsteilerisch) und äusserste Bescheidenheit. Trüb war ein Wenigesser, Fleisch gab es kaum. Alkohol rührte er nie an – Abstinenz war ebenso eine Familientradition und prägende Kindheitserfahrung wie der religiöse Sozialismus. Sein Vater, Pfarrer Paul Trüb, und dessen Kollege im Flawiler Amt führten die damalige Abstinenzbewe-

gung. In Trübs Küche stand immer Apfelsaft. Und als ganz wichtig kam hinzu: ausreichend Schlaf.

Vermutlich sah Fridolin Trüb kein Dutzend Mal ein Auto von innen. Seinen Rucksack mit den Farben und dem Malblock führte er mit dem Zug, Fahrrad oder zu Fuss aus. Es bleibt ein Bild von ihm in Erinnerung, wie er als mittelalter Mann mit seiner Lisbeth und dem Leinenrucksack mit den Lederbündeln und Malutensilien unterwegs in einer Schweizer Voralpenlandschaft ist. In den letzten Jahren räumte er auf und sortierte seine Papiere. Er schied aus, was er fürs Stadt- und fürs Frauenarchiv vorsah, was für den SCI oder den Ballenberg. Im Altersheim Wienerberg, wo er am Schluss lebte, lagen die zurückbehaltenen Papiere in einem lichten Hochparterrezimmer, das auf den Garten und nach Westen ausgerichtet war. Auch hier analysierte er das neue Quartier und erzählte dessen Geschichte, präzise wie eh und je.

Prägend beim Friedensweg und der St. Galler Friedenswoche

Fridolin Trüb blieb präsent an allen relevanten Anlässen bis gegen 2014/15. Er prägte die Friedensmärsche und bis zuletzt die St. Galler Friedenswoche, die er 1982 mitbegründete. 2015 und 2016 entstanden – wenn auch immer weniger – neue Bilder, die an einen Stapel gelehnt im Zimmer standen – grosszügig im Strich, wohlthuend farbig. Sie zeigten, dass ihm Blumen, Farben, Natur, Strukturen einfach gefielen. Es sind die Bilder eines Könners, eines Künstlers.

Ich besuchte ihn zwei Tage vor seinem letzten Geburtstag mit Walter Frei und meinen kleinen Kindern, die durchs Zimmer wirbelten, und im Beisein Georg Trübs, der mit viel Liebe für den Vater dabei sass. Fridolins letztes Werk war die Neujahrskarte, die wie jedes Jahr in den ersten Januartagen in der Post lag. Sterne, auf ein sternförmig gerissenes Papiersegment geworfen, jedes ein Unikat. Auf dem Umschlag waren die grossen, unverkennbar geschwungenen Buchstaben. Er hat sein Leben konsequent gelebt.

Michael Walther (1964), Journalist und Autor in Wattwil SG, realisierte 2011 die Webseite fridolintueb.ch mit Interviews mit Trüb, die hier zitiert wurden.



Das letzte Aquarell Fridolin Trübs

Der Kriegsgegneraktivist

Am 23. November 2016 ist Fritz Tüller im Alter von 76 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. Während Jahren prägte er die Internationale der Kriegsdienstgegner IdK. Gemeinsam mit seiner Frau kümmerte er sich intensiv um ihren gesundheitlich beeinträchtigten Sohn. Immer wieder hat er sich für Menschen in besonderen Situationen eingesetzt.

/ Ginevra Signer /

Als ich um 1967 Fritz Tüller kennenlernte, war er Sekretär des Schweizer Zweigs der Internationalen der Kriegsdienstgegner.¹ Die IdK, eine Mitgliedsorganisation des Schweizerischen Friedensrates, war damals eine grosse, bunte und heterogene Organisation gegen Krieg generell, gegen den Vietnamkrieg speziell und für die Entkriminalisierung der Militärdienstverweigerer. Das Büro der IdK war gleichzeitig die Wohnung von Fritz und befand sich an der Schützengasse / Rue du Stand 24 in Biel. Fritz war der Vertraute und Unterstützer des Bieler Politikers und kämpferischen SP-Nationalrats Arthur Villard (1917–1995), der im Oktober 1965 aus Protest gegen die Behandlung der Militärdienstverweigerer selber seinen letzten WK, den sogenannten Landsturm, quittierte. Da war er bereits zwei Jahre Präsident der IdK.

In der IdK-Zentrale in Biel

Gemeinsam mit Fritz Tüller planten wir in den 1970er-Jahren viele Aktionen und führten sie auch aus – immer strikt gewaltfrei, aber militant. Das war auch das Motto von Fritz, der Gewalt verabscheute. Fritz liess die jungen Männer, die fast an der Armee zerbrachen, nicht allein, sondern fand für sie in der ganzen Schweiz Leute, die mit ihnen einen Ausweg suchten. Wenn wir die Zeitung «Der Kriegsdienstgegner – Le Résistant à la guerre» vierteljährlich in etwa 10'000 Exemplaren und zeitweise mit einer Seite Italienisch (!) verschickten, glich die Rue du Stand 24 einem Bienenhaus: Auf jede Zeitung wurde von Hand eine Etikette geklebt, die einzeln von langen, an der Decke hängenden bedruckten Papierstreifen abgeschnitten wurde. Fritz war der perfekte Organisator, sodass

die HelferInnen nur ein Wochenende in Biel verbringen mussten.

Über Nacht wurde das Büro zum improvisierten Massnlager, in dem alle ihren individuellen Schlafplatz fanden, und manchmal wunderten wir uns, wo denn Fritz noch Platz gefunden hatte. Legendar waren die Mahlzeiten, die er aus einer Büchse Linsen mit Speckwürfeln hervorzaubern konnte, im Winter gewärmt am metallenen Abluftrohr des Holzofens, um Energie zu sparen. Vorher fuhren wir nach Porrentruy oder später nach La Chaux-de-Fonds, um das Layout («la mise en page») des «Kriegs-



Der junge Fritz Tüller mit Arthur Villard.

dienstgegners» zu kontrollieren und das Gut zum Druck zu geben.

Fritz wie auch Arthur Villard waren das Gegenteil von «verbohrten Ideologen». Im Büro hing ein Zitat von André Gide: «Croyez ceux qui cherchent la vérité, doutez de ceux qui la trouvent.» In diesem Sinn prägten sie auch die IdK, die sich zur grössten Antikriegsorganisation in der Schweiz entwickelte. Dies weckte aber auch den Appetit von ideologisch fixierten Organisationen wie etwa der damaligen POCH. Die nun folgenden mühsamen Auseinandersetzungen brachten Arthur Villard dazu, sich auf sein Nationalratsmandat zu konzentrieren, auch Fritz Tüller zog sich schliesslich aus der IdK zurück.

Fritz war unermüdlich, sehr bescheiden, freundlich, hilfsbereit und zurückhaltend. Ende 1972 wurde er für die Partei Freie Bieler Bürger in den Bieler

Stadtrat (die Legislative) gewählt, trat aber 1974 während der Legislatur zurück. Bald schon wurde er Mitglied der SP-Sektion seines Wohnortes. Von 1974 bis Ende 1981 war er Zentralsekretär bei der SP Schweiz für die Romandie, betreute die Westschweizer Sektionen und mehrere Kommissionen für die SP-Fraktion im Bundeshaus. Ab November 1981 stieg er beim Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe ein, dem massgebenden Dachverband des öffentlichen Personals der Schweiz, der 2002 aufgelöst wurde.

Ferien im Gefängnis

Geboren wurde Fritz Tüller am 29. März 1940 in Ste-Croix im Waadtländer Jura, einer weiten Hochebene etwa zwei Kilometer von der französischen Grenze entfernt. Er wuchs dort mit seiner Schwester und den fürsorglichen Eltern auf. In der sehr lesenswerten Erinnerungsschrift für seine Schwester erinnert sich Fritz an eine glückliche Kindheit.² Nach Abbruch des Lehrerseminars zog er die Rekrutenschule um ein Jahr vor, wie er in der erwähnten Broschüre schreibt, damals noch ohne Probleme mit der Institution Armee. Diese folgten etwa Mitte der 1960er-Jahre nach Auslandsaufenthalten. Ab dann verweigerte Fritz Tüller den Militärdienst, nach dem Ausschluss aus der Armee auch den Militärdienstersatz und ging dafür jedes Jahr ins Gefängnis. So wurden die Gefängnisaufenthalte neben der Hilfe beim Mähen in Ste-Croix seine einzigen «Ferien». Wenn wir davon sprachen, schmunzelte er.

Fritz war zwar in den letzten 12 Jahren an den Rollstuhl gebunden, aber trotzdem sehr aktiv, auch war er ein guter Redaktor und Journalist und hat von 1985 bis noch August 2016 für die Zeitschrift «L'Essor» geschrieben³, zuletzt einen Beitrag über die kompromittierenden Vereinbarungen der EU mit der Türkei. Am 23. November 2016 hat Fritz seine geliebte Familie verlassen. Er wollte keine Beerdigung und auch keine Trauerfeier. Seine Urne wurde im engsten Familienkreis beigesetzt. Viele in der IdK und im Friedensrat, die ihn gekannt haben, trauern um diesen mutigen Menschen, der uns gegenwärtig bleibt.

¹ War Resisters' International, Internationale der Kriegsdienstgegner, gegr. 1923, Sitz in London.

² Fritz Tüller «La P'tite», Journal d'une vie entre chômage et schizophrénie, 2013, 36 pages.

³ «L'Essor», 1903 gegründet, ist eine von Kirchen und Parteien unabhängige Zeitschrift in der Romandie und wird von einer Gruppe Freiwilliger produziert: www.journal-lessor.ch.

Serie Friedensfrauen zur Zeit des Ersten Weltkrieges

4. Teil: Clara Ragaz-Nadig, pazifistische Netzwerkerin in Zürich

Im November 2015 fand in St. Gallen eine Veranstaltungsreihe des Archivs für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte, des Schweizerischen Friedensrates, der Frauenbibliothek und Fonothek Wyborada sowie der IG Frau und Museum unter dem Titel *Gegen Giftgas und Krieg – Frauen zur Zeit des Ersten Weltkrieges für Frieden und Gerechtigkeit* statt. Wir stellen vier der dort porträtierten Frauen (die fünfte war die Nobelpreisträgerin Bertha von Suttner, über die es etliche aktuelle Biografien gibt) in einer Serie vor. Den Auftakt machte der Beitrag zu Catharina Sturzenegger in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 16 vom Dezember 2015, in Nr. 17 vom Juni 2016 schrieb Ruedi Tobler zur Chemikerin Gertrud Woker, in Nr. 19 vom Dezember folgte der Beitrag zur deutschen Künstlerin Käthe Kollwitz.

Am 11. November 2015 befasste sich die Historikerin Heidi Witzig mit Clara Ragaz-Nadig, der Gattin des Theologen Leonhard Ragaz und Friedens-Netzwerkerin am Zürcher Gartenhof. Aufgrund der geschlechtsspezifisch konnotierten Situation von Frauen gestaltete sich ihr Engagement grundsätzlich verschieden von jenem der Männer, führte Witzig in ihrem Referat aus, das sie für uns neu zusammengestellt hat. Damit endet unsere kleine Serie zu Friedensfrauen.

Veranstaltungsreihe
**im Raum
für Literatur**
St. Leonhardsstrasse 40
3. Stock

«Gegen Giftgas und Krieg»

Frauen zur Zeit des 1. Weltkrieges für Frieden und soziale Gerechtigkeit

5. November 2015 19 Uhr
• Catharina Sturzenegger, 1854–1929
Referat Karin Weber
• Bertha von Suttner, 1843–1914
Referat Marina Widmer

11. November 2015 19 Uhr
• Clara Ragaz, 1874–1957
Referat Heidi Witzig

18. November 2015 19 Uhr
• Gertrud Woker, 1878–1968
Referat Ruedi Tobler
• Lesung aus Texten von Gertrud Woker
Ursula Affolter

26. November 2015 19 Uhr
• Käthe Kollwitz, 1867–1945
Referat Monika Jagfeld

Clara Ragaz-Nadig (1874–1957), pazifistische Netzwerkerin im Zürich der Zwischenkriegszeit

Clara Ragaz und ihr Engagement

Über Clara Ragaz' Friedensengagement vor hundert Jahren und ihr Verhältnis zur Nobelpreisträgerin Jane Addams berichtete Ruedi Epple in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 15 vom Dezember 2015, ergänzt mit einem Beitrag zum Flüchtlingsnetzwerk am Zürcher Gartenhof in den 1930er-Jahren, das Clara aufgezogen hatte, in der Ausgabe Nr. 17 vom Juni 2016. Die Historikerin Heidi Witzig beleuchtet im folgenden Referat Claras Arbeit, die sie als typisch weibliche Strategie der Vernetzung charakterisiert.

/ Heidi Witzig /

Frauenbewegungen gehören zu den dauerhaftesten und erfolgreichsten sozialen Bewegungen der Moderne. Auch die Aktivitäten für den Frieden, an denen sich Clara Ragaz wesentlich beteiligte, waren Teil dieser sozialen Bewegungen. Aufgrund der geschlechtsspezifisch konnotierten Situation von Frauen gestaltete sich ihr Engagement grundsätzlich verschieden von jenem der Männer.

Politische Betätigungsfelder waren für Frauen und Männer unterschiedlich. Im 19. Jahrhundert hatten Frauen keinen Zugang zu Protestmöglichkeiten innerhalb der formalen Politik. Sie äusserten sich in anderem Rahmen, und ihr Engagement wurde anders wahrgenommen als dasjenige von Männern. Auch Clara Ragaz konzentrierte sich auf informelle Bereiche: politische Frauenbildung, Aktivitäten innerhalb nationaler und internationaler Frauen-NGOs sowie innerhalb des eigenen Hauses.

Typisch «weibliche» Strategien

Als weiblich bezeichnete Betätigungsfelder erforderten auch spezifische «weibliche» Strategien. Clara Ragaz galt diesbezüglich als vorbildliche Strategin. Sie war nahe am Alltag und bei den Leuten: Politische Frauenbildung verstand sie nicht als Referieren – das war eher die Strategie ihres Mannes. In den Frauen- und Mütterabenden bildeten gegenseitiges Zuhören und Ernstnehmen die Grundlage, dasselbe galt in den Frauenkursen, die ab 1924 im eigens gebauten Volksbildungsheim Casoja in Valbella

stattfanden. Auch ihr sozialer Protest gegen die Ausbeutung von Heimarbeiterinnen begann an der Basis. Sie besuchte die Frauen zu Hause, befragte sie und lernte sie persönlich kennen.

Aus diesen Basisinformationen entwickelte sie 1909 die Heimarbeiterausstellung, die effektiv mit einem nationalen Kongress verbunden wurde. Dieser setzte ihr Thema auf die politische Agenda, woraufhin Clara Ragaz erreichte, dass die von ihr mitbegründete Soziale Käuferliga Labels vergab. Die Mühlen der Männerpolitik begannen langsam, sehr langsam zu mahlen (1939 trat das Heimarbeitergesetz endlich in Kraft), doch Clara Ragaz hatte schon unmittelbar nach dem Kongress im persönlichen Kontakt mit einzelnen Unternehmern verbesserte Arbeitsbedingungen ausgehandelt.

Nahe bei den Leuten

«Nahe bei den Leuten» bedeutete für Clara Ragaz auch, dass sie am religiös-politischen Diskurs ihres Mannes wenig teilnahm. Sie schrieb keine Bücher, und viele ihrer Vorträge liegen nicht schriftlich vor – zum grossen Bedauern der Hörerinnen, die ihre politisch klar durchdachte Haltung und ihre Formulierungskunst schätzten. Ihre ausformulierten programmatischen Artikel wurden jeweils für konkrete Anlässe verfasst. Hingegen übersetzte Clara Ragaz Bücher ins Deutsche, die sie für die Frauenfriedensbewegung wichtig fand. Will Irwins «The next war» diente als Grundlage für Aktionen, mit denen die Friedensfrauen in der Zwischenkriegszeit vor den Folgen moderner Kriege für die Zivilbevölkerung warnten – sehr öffentlichkeitswirksam übrigens, mit einer professionellen Wanderausstellung, die in vielen Schweizer Städten gezeigt wurde und kontroverse Diskussionen auslöste.

«Nahe bei den Leuten» und Professionalisierung war in den Augen von Clara Ragaz kein Widerspruch. Regina Kägi-Fuchsmanns berühmter Buchtitel «Das gute Herz genügt nicht» könnte von ihr stammen. Kägi-Fuchsmann war eine der Gründerinnen und langjährige Lehrerin an der Schule für Soziale

ment für den Frieden

Frauenarbeit Zürich. England und die USA waren damals führend in der Ausbildung von Sozialarbeiterinnen, und Clara Ragaz' Strategie der Vernetzung mit der Settlement-Bewegung von Jane Addams in Chicago diente einerseits der Professionalisierung, andererseits dem gemeinsamen politischen Engagement für gesetzliche Gleichstellung und Friedenssicherung. Für Jane Addams, 1931 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, standen in den USA seit 1920 auch «männliche» politische Tätigkeitsfelder offen. So nahm sie mit ihrer Bewegung politischen Einfluss auf die Gesetzgebung zur Armenpflege, Kinderarbeit, Schulpflicht und Krankenpflege.

Claras Strategie der Vernetzung

Alle Strategien der Frauen bezweckten die sofortige Beeinflussung der nationalen und internationalen aktuellen Männerpolitik. Direkte Interventionen waren in der Schweiz aufgrund des fehlenden Frauenstimmrechts nicht möglich. Clara Ragaz richtete 1920 beispielsweise eine Eingabe an den Bundesrat mit der Forderung, dass Frauen bei der Abstimmung über den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund mitstimmen dürften – was selbstverständlich abgelehnt wurde. Die Mobilisierung



anlässlich der Genfer Abrüstungskonferenz von 1931 geschah aufseiten der organisierten Friedensfrauen durch einige Massenpetitionen. Weltweit wurden sechs Millionen Unterschriften gesammelt; unter der Leitung von Clara Ragaz erzielte die Friedensfrauenliga in der Schweiz ein Spitzenresultat mit 320'000 Unterschriften. Keine Männerpartei unterstützte diese Petition – die SP befand sich damals im Prozess der Einbindung in die nationale Gesamtverteidigung.

So erwünscht die Zusammenarbeit mit Männern und ihren Netzwerken war – politisch war sie nicht besonders wirkungsvoll. Der Frauenfriedensbewegung – und den religiösen Sozialisten allgemein – fehlte der Draht ins Parlament. Je mehr sich die SP auf den nationalen Konsens konzentrierte und die Kommunisten ausgrenzte, umso stärker galt auch die Frauenfriedensliga in der bürgerlichen Presse unwidersprochen als Agentin Moskaus und genoss auf den traditionellen politischen Bühnen kaum Unterstützung.

Mitgründerin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit

Die bedeutendste und wirksamste Strategie war diejenige der internationalen Vernetzung. Clara Ragaz war Mitgründerin der IFFF (Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit). Erste Präsidentin wurde ihre Freundin und Mitstreiterin Jane Addams. Von 1919 bis 1947 war Clara Ragaz Präsidentin der Schweizer Sektion des Komitees für dauernden Frieden, seit 1929 Vizepräsidentin der gesamten IFFF. Internationale Konferenzen von Friedensfrauen erwiesen sich in verschiedener Hinsicht als absolut zentral. Vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg mussten sich die Mitglieder vergewissern können, wo



trotz nationaler Gebundenheiten und Verletzungen das Gemeinsame der Bewegung liegt, und wie die gemeinsamen Friedensstrategien formuliert werden müssten.

Ziel war und blieb die unmittelbare Beeinflussung der Männerpolitik, und da war die Konsensfindung unabdingbar, wenn auch nicht einfach. 1936 beispielsweise hatte die Exekutive der IFFF beschlossen, eine Delegation zu Hitler und Mussolini zu schicken, um den Friedensanliegen der Frauen Gewicht zu verschaffen. Auf Intervention von Clara Ragaz wurde diese Strategie den nationalen Sektionen vorgelegt, und eine Mehrheit stimmte dagegen – mit der nun zum Konsens erhobenen Begründung, mit Diktatoren werde nicht verhandelt.

Konfliktkulturen im gemeinsamen Engagement für Frauenrechte

Nationale und internationale Kooperationen mit anderen NGOs wurden ebenso systematisch gepflegt – kannten sich doch die meisten führenden Frauen aus verschiedensten gemeinsamen Projekten. In der Fédération abolitionniste de Genève war Emma Pieczinska führend, Clara Ragaz' um zwanzig Jahre älteres

Fortsetzung Seite 26

Vorbild im Friedenskampf. Mit der Antialkoholbewegung um Hedwig Bleuler verbanden sie das Anliegen der Abstinenz wie auch der gemeinsame Einsatz in den verschiedensten Frauenstimmrechtsverbänden. Die Vernetzungsaktivitäten schufen jahrzehntelange Freundschaften, Solidaritäten und auch – ganz wichtig – Konfliktkulturen im gemeinsamen Engagement für Frauen- und Menschenrechte sowie beim Einstehen für eine menschenwürdige Welt für alle.

Eine wichtige Strategie war auch die Vereinnahmung des privaten Familienlebens durch das Engagement. Nachdem Leonhard Ragaz seine Professorenstelle gekündigt hatte, zog die Familie 1922 in ein Zürcher Arbeiterquartier, an die Gartenhofstrasse. Erklärtes Ziel beider Ehepartner war die Schaffung eines «Familienbetriebs», in dem auch die Kinder mitarbeiten sollten. Es gab kaum Privatraum und kaum Nachtruhe. Der Ehemann strebte mit seiner Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Bildung im Parterre die Etablierung eines «Herdfuers» an, das Liebe und Bruderschaft ausstrahlen sollte.

Sozialer Protest als mütterliches Verhalten

Ab 1924 befanden sich auch die Zentralstelle für Friedensarbeit und die Pazifistische Bücherstube im Parterre am Gartenhof. Clara Ragaz organisierte ihre Frauenabende im Versammlungslokal, ebenso Feste im Garten, Kindermusizieren und -theater für Quartierkinder. Während des Zweiten Weltkrieges wurde dort die Auskunftsstelle und Direkthilfe für Flüchtlinge eröffnet, die weder bei Kirchen noch politischen Flüchtlingsorganisationen Unterstützung fand. Die Platzbedürfnisse liessen den privaten Familienraum auch in den oberen Stockwerken schrumpfen. Die Schwiegertochter erinnert sich, dass Clara Ragaz zeitweise das Schlafzimmer kaum mehr benützte und stundenweise am Schreibtisch schlief, bevor sie die Arbeit wieder aufnahm.

Sozialer Protest als mütterliches Verhalten: Die Ideologie der Geschlechternormen legitimierte den sozialen Protest von Frauen als Sorge für andere. Er wurde als typisch weiblich-emotional wahrgenommen, das heisst, als ungefährlich und unpolitisch. Diese Abwertung eröffnete auch spezifische Chancen – tut dies bis heute. Die Aktivitäten der

Women in Black oder der Mütter auf der Plaza de Mayo wurden und werden geduldet, weil sie als essenziell weiblich und mütterlich gelten. Würden Männer dasselbe tun, würde dies eher als gefährliche Zusammenrottung interpretiert und unterdrückt.

Friedenserziehung durch politische Aufklärung

Die IFFF und die schweizerischen Frauen-NGOs nutzten diesen Freiraum – im Bewusstsein um die ambivalenten Konnotationen. Gerade die vielfältigen Konferenzaktivitäten im Schatten der beiden Weltkriege wären für Männergruppen kaum möglich gewesen, ebenso die konkreten Aktionen gegen die Aufrüstung. Bezeichnenderweise fanden diese Proteste keinen Rückhalt in grossen Männerorganisationen wie der SP, die, der Logik der Männerpolitik folgend, die nationale Verteidigung forcierten und internationale Friedensbemühungen fallen liessen.

Clara Ragaz schrieb den Frauen durchaus typisch weibliche Care-Qualitäten zu. Allerdings hätten diese nichts mit Friedensengagement zu tun. Frauen aller Nationen hätten sich in Kriegszeiten einfach für ihre Angehörigen eingesetzt – und somit für deren Kriegstauglichkeit statt für den Frieden. Die Erziehung der Frauen zum Frieden, davon war Clara Ragaz überzeugt, könne nur durch politische Aufklärung – Kenntnis über die Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten der Völker – und Übernahme politischer Verantwortung geschehen. Auch Männer hätten Möglichkeiten, ihre tief verschütteten Care-Qualitäten auszubilden, statt sie einfach an die Frauen zu delegieren – dies sei laut Clara Ragaz auch die tiefste Bestimmung der Männer.

Pflege der Geselligkeit

Clara Ragaz galt als typische Frau: Sie war eine mutige Persönlichkeit und Mutmacherin für andere, eine verlässliche Kontaktfrau nach unten und oben, eine gute Vernetzerin in den NGO-Tätigkeiten und eine Streiterin, die ihre Argumente scharfsinnig, aber nie verletzend vorbrachte – also eine Frau mit hoher emotionaler, intellektueller und sozialer Kompetenz.

Nach dem Kongress der Heimarbeiterausstellung 1909 beispielsweise organisierte sie für alle Aktiven eine Fahrt auf dem Zürichsee und einen geselligen Abend, «wo ein Gefühl der Zusammen-

gehörigkeit entstehen konnte». Die Pflege der Geselligkeit wird häufig erwähnt. Clara Ragaz blieb auch während des Krieges mit allen nationalen Friedensligen in schriftlichem Kontakt. Nach dem Krieg sprachen diese «tief empfundenen Dank aus für die Solidaritätszeichen».

Hintergrundservice für den Mann

Care-Qualitäten galten für Ehefrauen auch in der Beziehung zu ihren Männern als zentral. Clara Ragaz konkurrierte nicht mit ihrem Mann, obwohl sich beide in einem ähnlichen Umfeld engagierten und profilierten. Das Paar bildete eine Arbeitsgemeinschaft, wo beide sich so gut wie möglich in den jeweiligen Tätigkeitsfeldern unterstützten. Im ehelichen Geschlechterarrangement war jedoch klar, dass der Ehemann Anrecht hatte auf spezielle Zuwendungsrituale seiner Frau.

Allgemein üblich war, dass die Frauen den Hintergrundservice organisierten und ihren Mann vom alltäglichen Kleinkram entlasteten, ihm während Krisensituationen emotional zur Verfügung standen usw. Clara Ragaz sorgte sich um Ernährung, Gesundheit und Kleidung ihres Mannes. Aber sie wurde nie seine Sekretärin – bezüglich ihres gesellschaftlichen Engagements verlangte sie Partnerschaft auf Augenhöhe. In diese Lücke sprang die Tochter Gertrud. Die studierte Nationalökonomin mit einer beachteten Dissertation über «Die Frau in der Gewerkschaft» wurde Lehrerin an der Mädchenfortbildungsschule Zürich. Ihr Hauptengagement war jedoch der Dienst an der Sache, das heisst am väterlichen Engagement, wobei sie jahrzehntelang für ihn Sekretariatsarbeiten verrichtete.

Literatur

- Helen Kremos, Clara Ragaz-Nadig (1874-1957) – ein Lebensrückblick, in: Neue Wege 10, S. 280-292.
- Tula Roy, Auf den Spuren von Clara Ragaz, in: Neue Wege 10, 1997, S. 294-300.
- Willy Spieler, Zum 50. Todestag von Clara Ragaz-Nadig (1874-1957), in: Neue Wege 10, 2007, S. 245-250.
- Lisa Stamm-Hasler, Das Denken und Wirken von Clara Ragaz-Nadig aus heutiger Sicht, in: Neue Wege 10, 1997, S. 301-302.
- Lisa Stamm-Hasler, Lehr- und Vorstandsarbeit an der Schule für Soziale Arbeit in Zürich, in: Neue Wege 10, 1997, S. 293-294.
- Trudi Weinhandl, Clara Ragaz-Nadig (1874-1957). Feministin – Pazifistin – Sozialistin. Ms. 1998.

OSTERMARSCH MARCHE DE PÂQUES

MEIN GELD FÜHRT KRIEG.
Waffengeschäfte von Pensionskassen
und Banken stoppen!

MON ARGENT MÈNE LA GUERRE.
Le soutien au commerce des armes par les fonds
de pension et les banques doit cesser !

17.4.2017



13.00 AUFTAKT | DÉPART

EICHHOLZ AN DER AARE
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern
à la gare tram 9 direction Wabern descendre
terminus Wabern

14.30 SCHLUSSKUNDGEBUNG | CLÔTURE

MÜNSTERPLATZ
PLACE DE LA COLLÉGIALE
mit I avec
Ueli Mäder, Soziologe und Konfliktforscher

MUSIK | MUSIQUE

Club de Bombordo
(Latin-Sounds/Afro-Rhythms)
clubdebombordo.com

Feines Essen und Trinken aus dem Jura
*Restauration jurassienne Le Marché
des Paysannes*

ostermarschbern.ch
marchedepaques.ch

IN FRIEDRICHSHAFEN
OSTERMONTAG, 17. APRIL 2017



VON DER KRIEGSLOGIK ZU EINER FRIEDENSKULTUR UNSER WEG

10:36 Start auf Schweizer Seite in Romanshorn mit der Fähre (auch schon 9:36)
11:30 Auftakt am Romanshorner Platz Friedrichshafen, Ankunft der Friedensläufer

1. Station «Rüstungskonversion ist die Schwester der Abrüstung»
Anne Rieger, Bundesausschuss Friedensratschlag, Kassel
2. Station «Zivile Konfliktlösung – aber wie?»
Claudia Haydt, Informationsstelle Militarisierung, Tübingen
3. Station «Europa und die Solidarität mit den Menschen in der Osttürkei»
Claudia Friedl, Nationalrätin, St. Gallen

13:30 **Mittagspause Adenauer Platz:** Imbiss, Infostände, Maiks Magisches Mikrotheater,
Musik: Ana Bienek und John Gillard mit Rhythm-Attac-Bodensee

14:30 **Abschlusskundgebung:**
«Friedenskultur entwickeln - die zentrale Herausforderung für uns alle»
Andreas Zumach, UNO Korrespondent, Genf

15:15 **Ende der Veranstaltung**, anschliessend

15:30 **Podium** mit Redner/-innen (bis 16:20), Gemeindehaus St. Nikolaus



Einzelheiten zum Vor- und Gesamtprogramm
unter www.Bodensee-Friedensweg.org

Internationaler
Bodensee-
Friedensweg

V.i.S.d.P.: Bodensee-Friedensweg c/o Frieder Fahrbach, D-88131 Lindau

ZENTRALSCHWEIZER
ROMEROTAGE

ROMEROHAUS
Bildungszentrum von COMUNDO

ZENTRALSCHWEIZER ROMEROTAGE
24. und 29. MÄRZ 2017



24. März
16.30–21.30 Uhr
RomeroTag, RomeroHaus Luzern

24. März
19.30 Uhr
Politisches Nachtgebet, Sursee

29. März
19.30 Uhr
Politisches Nachtgebet, Luzern

**El Salvador – 25 Jahre nach dem
Bürgerkrieg
Verstrickungen. Gewalt. Neuanfang.**

El Salvador – A 25 años de la
guerra civil
Enredos. Violencia. Nuevos Comienzos.

In Zusammenarbeit mit:



Theologische Bewegung
für Solidarität und Befreiung

Freiheit, Frieden, Rechtsstaat
und Demokratie in der
Türkei...



...statt Repression, Krieg und Diktatur !

**25. März 2017
Kundgebung**
14–16h, Bundesplatz,
Bern

Wir rufen die Bevölkerung in der Schweiz
auf, an der Demonstration teilzunehmen
und damit der Solidarität mit den
Verfolgten und Gefangenen in der Türkei
Ausdruck zu geben.



VON DER KRIEGSLOGIK ZU EINER FRIEDENSKULTUR

FRIEDENSZEITUNG

DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSRATES

FRIEDENSZEITUNG
11. SEPTEMBER 2017

1. Frauenpflicht à la Norwegen?	18. Thailand im 1980er-Jahresrückblick
2. Antidote dank der Wissenschaft	19. John Galsworthy, die neue DNF
3. Anforderungen an einen Neuen Profibus	20. Die Schweizerische Eidgenossenschaft
4. Lebens-Zustände	21. Die grosse Schweizer Nationalrat-Liste

Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab

Frauenienpflicht à la Norwegen?

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

Antidote dank der Wissenschaft

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

Lebens-Zustände

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

Thailand im 1980er-Jahresrückblick

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

John Galsworthy, die neue DNF

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

Die Schweizerische Eidgenossenschaft

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

Die grosse Schweizer Nationalrat-Liste

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die **FRIEDENSZEITUNG**:

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedenthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

- Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
- Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis

FRIEDENSZEITUNG
17. DEZEMBER 2016

4. MMR für traumatisierte KinderpatInnen	19. Berichte in der Flüchtlingspolitik von heute
5. Swiss UNO-Konferenzentwicklung muss weiter	20. Gelächter über den Vertrag von Brüssel und Chiavari
12. Zwölfen Drogen zu Ehren: Wo ist der Nachschub?	28. Sankt Prothasius 1. Weltbürger (Karl Lohmeyer)
13. Ein kleiner Schweizer Nationalrat	29. Sankt Prothasius 1. Weltbürger (Karl Lohmeyer)
21. Sankt Prothasius 1. Weltbürger (Karl Lohmeyer)	31. Sankt Prothasius 1. Weltbürger (Karl Lohmeyer)

Die UNO verhandelt endlich über ein Verbot von Atomwaffen

Grosserfolg für die Friedensbewegung

Im März 2017 konnten die Mitgliedsstaaten der UNO in New York zur ersten Verhandlungssitzung über ein Atomwaffenverbot...
 Die UNO verhandelt endlich über ein Verbot von Atomwaffen...
 Die UNO verhandelt endlich über ein Verbot von Atomwaffen...

Antidote dank der Wissenschaft

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

Lebens-Zustände

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

Thailand im 1980er-Jahresrückblick

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

John Galsworthy, die neue DNF

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

Die Schweizerische Eidgenossenschaft

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

Die grosse Schweizer Nationalrat-Liste

Eine im Vergleich zum Schweizer Verfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit stehende Antidote...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...
 Die Stadtgruppe Cheminfolly hat einen Bericht über eine Empfehlung ab...

Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____ Datum _____

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch